

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND – DIE INNERE ENTWICKLUNG

■ ANALYSE		
Sucht nach Öl		
Das »System Putin« und die Folgen der Wirtschaftskrise		2
Jeronim Perović, Zürich		
■ ANALYSE		
Was Wladimir Putin tatsächlich gesagt hat, als er eine »neue Plattform zur		
Lösung von Konflikten zwischen Unternehmen und den Silowiki« ankündigte		7
Andrei Yakovlev, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
openDemocracy: Warum wir keine Artikel über Putin publizieren		9
Maxim Edwards, Thomas Rowley, Natalia Antonova, Mikhail Kaluzhsky		
■ UMFRAGE		
Russlands innere Verfassung in Umfragen		12
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Die PanamaPapers		18
Sergey Medvedev, Berlin-Moskau		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Kränkung und Unschuld		21
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
17. März – 7. April 2016		24

Sucht nach Öl

Das »System Putin« und die Folgen der Wirtschaftskrise

Jeronim Perović, Zürich

Zusammenfassung

Russlands Wirtschaft leidet unter den westlichen Sanktionen und den niedrigen Ölpreisen. Ein Staatsbankrott steht zwar nicht unmittelbar bevor, aber die Krise ist längst bei den Menschen angekommen. Trotzdem unterstützt noch immer eine große Mehrheit Putin und dessen Politik. Dieser Beitrag sucht nach Erklärungen dafür und fragt nach den Auswirkungen der Krise auf den innen- und außenpolitischen Kurs der russischen Regierung.

Ein schwieriges Jahr für Russland

2016 wird für Russland ein schwieriges Jahr. Die niedrigen Ölpreise haben ein Loch in die Staatskasse gerissen. Nicht nur der Energiesektor, sondern viele damit verbundenen Industriebetriebe leiden unter den Turbulenzen am Weltölmarkt. Nun rächt sich, dass es die von Rohstoffexporten abhängige russische Wirtschaft in der Zeit des Überflusses verpasst hat, sich stärker zu diversifizieren. Die Krise hat sich bereits spürbar auf den Lebensstandard der Bevölkerung ausgewirkt. Die Verteilung von Renditen aus dem Ölgeschäft war und ist ein wichtiges Instrument der Kremlführung, um sich die Loyalitäten der Eliten zu sichern. Zudem hatte der Geldsegen dem Staat bislang die Möglichkeit gegeben, die Steuern für die Bevölkerung relativ gering zu halten und die Sozialleistungen in den vergangenen Jahren zu erhöhen. Doch jetzt werden die Petrodollars knapp. Dies hat Folgen für ein politisches System, das sich in den letzten Jahren wesentlich mit den Renditen aus dem Erdölgeschäft genährt hat. Eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaft, wie sie Putin seit Jahren in offiziellen Reden fordert, würde auch eine Reform des politischen Systems bedeuten. Doch der Kreml ist angesichts der Krise vor allem an Machterhalt interessiert und steht damit einer echten Erneuerung der russischen Wirtschaft selbst im Wege. Dauert die Krise an, ist angesichts einer möglichen Zunahme von sozialen Protesten mit einer weiteren Verhärtung im Innern, aber auch einer aggressiveren Haltung Russlands nach außen zu rechnen. Allerdings kann die Krise auch eine Chance darstellen, denn Moskau ist trotz der internationalen Spannungen nach wie vor an guten Beziehungen zu Europa, seinem wichtigsten Absatzmarkt für Öl und Gas, interessiert.

Sucht nach Öl

Noch im Dezember 2015 erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin in seiner Rede zur Lage der Nation, dass der Höhepunkt der Rezession vorüber sei und in Russland, dessen Bruttoinlandsprodukt 2015 nach offiziellen

Angaben um fast vier Prozentpunkte geschrumpft war, 2016 wieder ein moderates Wirtschaftswachstum erfolgen werde. Als Hauptgrund für die Krise nannte Putin den niedrigen Weltmarktpreis für Öl und die Tatsache, dass sich Russlands Finanzinstitute aufgrund der westlichen Sanktionen nur sehr einschränkt auf dem globalen Markt refinanzieren können.

Als Putin seine Rede hielt, lag der Preis für ein Barrel Öl bei etwas über 40 US-Dollar, immerhin 70 US-Dollar weniger als noch eineinhalb Jahre zuvor. Doch es kam noch ärger: Anfang 2016 brach der Preis erneut kräftig ein, das Fass Öl kostete im Januar zeitweise sogar weniger als 30 US-Dollar. Die Aussichten schienen nicht mehr so rosig und die russische Führung versuchte auch gar nicht mehr, die Situation zu beschönigen: »Wenn der Ölpreis weiter fällt«, meinte Russlands Premierminister Dmitrij Medwedew auf einem Wirtschaftsforum in Moskau Mitte Januar 2016, »dann werden wir den Budgetrahmen anpassen [...] und uns für den schlimmsten Fall vorbereiten müssen«.

Wie der »schlimmste Fall« aussehen könnte, erklärte Medwedew nicht. Aber klar ist: Russland stellt sich auf eine lange Krisenperiode ein. Wenn die Prognosen der Analytiker stimmen, dann bleibt der Ölpreis noch Monate, vielleicht sogar Jahre, auf tiefem Niveau. Und die Gefahr, dass dadurch Russlands gesamte Wirtschaft nach unten gezogen wird, ist groß. Denn das Land ist in jüngster Zeit nicht nur immer abhängiger, sondern geradezu süchtig nach Öl geworden. In der volkswirtschaftlichen Statistik steuert der Erdöl- und Erdgassektor zwar nur ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei, wobei allein der Export fossiler Energieträger für knapp 15 Prozent der inländischen Wertschöpfung verantwortlich ist. Doch diejenigen, die darin ein Argument für ein stabiles Fundament der russischen Wirtschaft erkennen wollen, übersehen, dass auch andere Wirtschaftsbereiche direkt oder indirekt vom Öl- und Gassektor abhängen.

Der Wirtschaftsexperte Andrej Mowtschan vom »Carnegie Moscow Center« schätzt in einer im September 2015 publizierten Analyse, dass diese Abhän-

gigkeit mehr als zwei Drittel des Bruttoinlandsproduktes umfasst: Russlands Staatsausgaben, die 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beisteuern, finanzieren sich zur Hälfte aus verschiedenen direkten und indirekten Steuern auf den Erdöl- und Erdgassektor. Russland importiert den größten Teil seines Konsums und tätigt diese Einkäufe wiederum vorwiegend mit Geld aus dem Rohstoffexportgeschäft. Und schließlich fließen die im Ausland erwirtschafteten Petrodollars in der Form von Investitionen in andere Sektoren der russischen Wirtschaft und in den Konsum zurück. Jede Veränderung im Weltmarktpreis für Öl strahlt damit auf weite Teile der Wirtschaft aus.

Petrodollars und Macht im »System Putin«

Natürlich wissen auch Russlands Politiker um die Gefährlichkeit der Rohstoffabhängigkeit ihres Landes. Seit 2001, und danach fast schon als Ritual, fordert Putin in seinen Reden zur Lage der Nation eine Diversifizierung der Wirtschaft. Weshalb ist dies bis anhin nicht gelungen?

Die kurze Antwort darauf ist, dass die politische Führung zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Anstalten in diese Richtung unternommen hat. Anstatt Strukturformen anzupacken, hat der Staat durch niedrige Steuern, günstige Energiepreise und Erhöhung der Sozialleistungen faktisch über viele Jahre hinweg Teile der einheimischen Wirtschaft subventioniert, wohl auch mit dem Ziel, sich die Gunst der Bevölkerung zu sichern und sozialen Protesten vorzubeugen. Daneben flossen die Rubel auch in solch kostspielige Prestigeprojekte wie etwa die Winterolympiade in Sotschi, oder sie verschwanden auf dem Weg dorthin in den Taschen korrupter Politiker und Beamter. Vor allem aber hat Russland in den letzten Jahren enorme Summen in die Modernisierung der Armee und die Verteidigung investiert und so anderen Sektoren der Wirtschaft wichtige Investitionen entzogen. 2015 gab Russland nominal gerechnet drei Mal so viel für Verteidigung aus wie noch 2007.

Dieses Verhalten ist zwar für rohstoffexportierende Länder nicht untypisch. Doch um zu begreifen, weshalb die russische Führung das wirtschaftspolitische Steuerkaum herumreißen wird, muss das »System Putin« verstanden werden, wie es sich in den letzten 15 Jahren herausgebildet hat. Ein wesentlicher Grund für Putins Machtkonsolidierung ist darin zu sehen, dass nach der »wilden Privatisierung« der 1990er Jahre die neuen Machthaber im Kreml den Öl- und Gassektor, und damit den einzig wirklich rentablen Wirtschaftszweig aus der Sowjetzeit, schnell wieder unter ihre Kontrolle gebracht haben. Wenn davon ausgegangen wird, dass die im Öl- und Gassektor tätigen Unternehmen 97,7 Prozent der Einnahmen der 500 größten Unternehmen des

Landes generieren, wie dies dem Rating der Multimedia-Holding »RBK« per September 2015 zu entnehmen ist (<http://www.rbc.ru/rbc500/>), dann ist die Macht in Russland bei demjenigen konzentriert, der das Öl und Gas kontrolliert. Und das Volumen der gesamten Erdöl- und Erdgasrenditen (hier verstanden als Einnahmen aus dem Verkauf der Ressourcen minus Produktionskosten) war in den letzten Jahren gigantisch: Gemäß Berechnungen der US-Ökonomen Clifford Gaddy und Barry Ickes erzielten Russlands Energieunternehmen 2008, als das Fass Öl zeitweise für mehr als 130 US-Dollar auf dem Weltmarkt gehandelt wurde, Renditen im Umfang von sagenhaften 650 Milliarden US-Dollar.

Dabei musste die Kremelführung in dieser gigantischen Umverteilungsaktion nicht notwendigerweise immer selbst zum Besitzer der jeweiligen Unternehmen werden. Es reichte aus, die Unternehmen derjenigen Oligarchen zu zerschlagen, deren Loyalität gegenüber den Machthabern im Kreml angezweifelt wurde. Die Besitzungen der entmachteten Oligarchen wurden in staatlich kontrollierte Großunternehmen (»Gazprom« im Gassektor, »Rosneft« im Ölsektor) überführt, deren Management Teil des erweiterten Kreml-Netzwerkes darstellt. Über die Öl- und Gaspipelines, die ebenfalls im Besitz staatlicher Firmen sind (wiederum Gazprom im Erdgassektor, »Transneft« im Ölsektor), regelt der Staat den Zugang der Unternehmen zum Transportnetz. Schließlich ist es auch der Staat, der den Unternehmen Konzessionen zur Förderungen von Ressourcen erteilt – und diese bei Bedarf auch wieder entziehen kann.

So gesehen ist es nicht übertrieben, Russland als ein kolossales Energieunternehmen zu begreifen, dem Putin als leitender Manager vorsteht. Und dieses Unternehmen hat aufgrund der Kombination aus westlichen Sanktionen und niedrigem Ölpreis enorme Verluste eingefahren. 2015 verdiente Russland trotz einer Steigerung der Ölproduktion 42 Prozent weniger aus dem Export als noch ein Jahr zuvor. Wie hoch die Verluste insgesamt anfallen könnten, wenn der Ölpreise auf tiefem Niveau verharrt und die Sanktionen bestehen bleiben, ist ungewiss und unter Experten umstritten. Eine düstere Prognose lieferten unlängst die Ökonomen Jewsej Gurwitsch und Ilja Prilepskij in der Tageszeitung »Wedomosti« vom 5. Februar 2016. Den Experten zufolge wird Russland 2014–2017 wegen des niedrigen Erdölpreises 400 Milliarden US-Dollar weniger einnehmen, wenn der Preis pro Fass anstatt bei 100 US-Dollar im Durchschnitt bei 50 zu liegen kommt. Die Kosten der westlichen Sanktionen beziffern sie für den gleichen Zeitraum auf 170 Milliarden US-Dollar.

Besonders dramatisch könnte sich der Ölpreiserfall auf den Rohstoffsektor selbst auswirken: Während Russland derzeit so viel Öl wie noch nie aus seinen Feldern

herauspresst, um den Preisverfall wettzumachen, mussten einige große Energieprojekte bereits auf Eis gelegt werden, weil die Mittel für die Investitionen fehlen. Verschiedentlich sah sich der Staat in der jüngsten Vergangenheit gezwungen, seinen Energieunternehmen mit Milliardenbeiträgen unter die Arme zu greifen. Denn Russland ist mehr denn je darauf angewiesen, dass die Energie weiterhin fließt und neue Produktionsstätten erschlossen werden, ansonsten besteht die Gefahr, dass die Förderung schon in naher Zukunft stagnieren und dann abnehmen könnte. Damit würde aber nicht nur der russischen Wirtschaft langfristig der Saft entzogen werden, sondern auch einem System, das als personalisiertes Netzwerk einer kleinen Elitengruppe funktioniert, welche praktisch die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in ihren Händen konzentriert.

Weshalb rebellieren die Russen nicht?

Ein unmittelbarer Staatsbankrott steht Russland zwar nicht bevor. Der Staat wird dank der Rückstellungen der letzten Jahre in Form zweier milliardenschwerer Reservefonds und großen Währungsreserven noch einige Zeit durchhalten können. Doch die Krise ist bei den Menschen längst angekommen. Täglich schließen Geschäfte und verlieren Leute ihre Arbeit. Besonders bluten muss der Mittelstand, denn die massive Abwertung des Rubels macht nicht nur die importierten Waren teurer, sondern auch die Zinsen auf Hypotheken, die in der Vergangenheit oft in US-Dollar, Euro oder Schweizer Franken vergeben wurden. Während der Mittelstand im Niedergang begriffen ist, steigt die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben: In ihrer Analyse für die Zeitung *Wedomosti* vom 24. Dezember 2015 schätzt Olga Kuwschinowa, dass im Jahr 2015 in Russland 22 Millionen Menschen (15 Prozent der Bevölkerung) als arm galten, 2,8 Millionen mehr als noch 2014. Die Reallöhne sind in Russland im Februar 2016 um knapp 7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat eingebrochen. Die Regierung ist zum Sparen gezwungen und hat Anfang 2016 beschlossen, die Staatsausgaben um 10 Prozent zu kürzen, wobei sie allerdings versprochen hat, die Rentenzahlungen und Löhne für Staatsangestellte und Soldaten unverändert zu lassen. Trotz der Krise bewegt sich die Popularität des Präsidenten allerdings weiterhin auf historischem Hoch und gibt es keine Massenproteste gegen die Regierung. Wie lässt sich dies erklären?

Dass die Schwelle zum Massenprotest in Russland derzeit relativ hoch liegt, hat nicht nur damit zu tun, dass die Menschen mit harschen Maßnahmen der Sicherheitskräfte rechnen müssen. Massenproteste sind auch deshalb wenig wahrscheinlich, weil viele dem Staat eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Leben zuschreiben.

Gerade dafür haben die Menschen Putin und der ihm nahestehenden Partei »Einiges Russland« wiederholt die Stimme gegeben. Und deshalb – und nicht nur wegen staatlicher Repression und Wahlmanipulation – haben Oppositionsparteien in Russland kaum eine Chance. Die Misere der 1990er Jahre, die für zahlreiche Menschen sozialen Abstieg und Verarmung zur Folge hatte, ist noch sehr präsent. Dorthin will die Bevölkerung nicht zurück, auch wenn dies Abstriche an der eigenen Freiheit bedeutet. Trotz Krise sehen viele schlicht keine Alternative zu Putin.

Dabei interessiert es die Menschen kaum, dass Russlands wirtschaftlicher Aufschwung bereits nach dem Rubelkollaps von 1998 und damit vor Putins Amtsantritt als Premierminister im September 1999 einsetzte. Es waren die energischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, die Schaffung von minimalen Rahmenbedingungen für die Entstehung einer Marktwirtschaft und die Abwertung des Rubels, welche die Basis für das spätere Wachstum gelegt hatten. Putin konnte daran anknüpfen und hatte zudem das Glück, dass die Weltmarktpreise für Öl Anfang der 2000er Jahre, insbesondere aber nach der US-Invasion in den Irak ab Ende 2003, derart kräftig zulegten, dass der Staat wieder genügend Mittel in der Kasse hatte, um den Lehrern die Löhne zu bezahlen, den Rentnern die Pensionen wieder auszuschütten und die darniederliegende Infrastruktur des Landes wieder einigermaßen instand zu stellen.

Viele Menschen assoziieren Putin mit dem Aufschwung Russlands. Die Schuld für die derzeitige Krise sehen sie nicht bei Putin und dessen Politik, sondern sie übernehmen weitgehend die offizielle Lesart, wenn sie die Ursache der Misere einzig in den westlichen Sanktionen und den niedrigen Ölpreisen verorten. Die jahrelange Staatspropaganda hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Viele glauben an den Mythos vom »Retter Putin« ebenso wie an die Vorstellung vom »gedemütigten« Russland, das sich dank der starken Führung Putins erhoben habe und seine »legitimen« nationalen Interessen in der Welt wieder entschlossen wahrnehme: Sei es, um angeblich bedrohte Russen in den Nachbarstaaten zu schützen, sei es, um einer Erweiterung von Nato und EU Richtung Osten oder dem globalen Vorrücken des amerikanischen »Imperialismus« Einhalt zu gebieten. Dass diese Narrative bei der Bevölkerung eine solche Wirkung erzeugen, ist nicht nur der manipulativen Kraft der Propaganda zuzuschreiben. Die Propaganda funktioniert, weil sie bei vielen Menschen einen Nerv trifft und sie diese aus Überzeugung teilen.

Somit scheint es, wie es eine russische Redensart ausdrückt, dass bislang der »Fernseher über den Kühlschrank« gewonnen habe. Mit anderen Worten: Die staatliche »Propaganda des Stolzes« (Jens Siegert), die

über das Fernsehen vermittelt wird, wirkt noch immer stärker als die Furcht vor der Krise oder der Ärger über den sinkenden materiellen Lebensstandard.

Verhärtung nach innen und aggressive Töne nach außen

Wenn die wirtschaftliche Talfahrt anhält, dann ist allerdings nicht auszuschließen, dass die Missstimmung in der Bevölkerung wächst und es zu einer Zunahme von Protestaktionen kommt, wie etwa diejenige der Lastwagenfahrer, die im Dezember 2015 gegen eine neue Mautpflicht protestierten. Auch Automobil-Arbeiter haben unlängst Protestaktionen durchgeführt, nachdem es nach dem Verkaufseinbruch zu Massenentlassungen gekommen war. Noch sind diese Aktionen lokal und noch haben sich die Protestierenden nicht national koordiniert. Dass sich aber auch in Russland die Massen durchaus mobilisieren lassen, haben die großen Anti-Regierungsdemonstrationen in Moskau und anderen russischen Städten 2011 und 2012 gezeigt, als Hunderttausende im ganzen Land wegen Wahlfälschungen im Zuge der Parlamentswahlen auf die Straße gingen.

Auch wenn der Fernseher über den Kühlschrank siegt: Russlands Führung wappnet sich für den Fall der Fälle. Denn die Kremelführung weiß nicht erst seit der Majdan-Revolution, dass Krisen immer das Potential für sozialen Protest bergen und dass dieser Protest mitunter eine Eigendynamik mit unvorhersehbaren Konsequenzen entfalten kann. Deshalb ist die Staatspropaganda in letzter Zeit noch martialischer geworden, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern immer und immer wieder in Erinnerung ruft, ja keinen Umsturz bestehender Verhältnisse zu wagen, da dieser letztlich nur zu Chaos und Bürgerkrieg führe, wie die Beispiele Ukraine, Libyen, Irak und Syrien zeigten. Gleichzeitig hat die Regierung die ohnehin bereits strengen Demonstrationsgesetze erneut verschärft: Den Sicherheitskräften ist es nun sogar erlaubt, nach eigenem Ermessen in Menschenmengen zu schießen, auch wenn sich dort Frauen und Kinder befinden.

Fast scheint es, als fürchte sich das Regime mehr vor dem eigenen Volk als vor dem Rubelzerfall, den tiefen Ölpreisen oder den westlichen Sanktionen. So hat die herrschende Partei »Einiges Russland« bereits jetzt strikte Anweisungen an ihre Kandidaten ausgegeben, wie sie sich während der Kampagne im Vorfeld der Parlamentswahlen, die erst im September 2016 stattfinden, zu bestimmten Themen verhalten sollen. Insbesondere sollen die Kandidaten den Bürgerinnen und Bürgern wieder und wieder in Erinnerung rufen, dass Russland nur unter Putin gedeihen könne. Die Kremelführung will auf jeden Fall verhindern, dass es im Zuge der nächsten Duma-Wahlen zu ähnlichen Massenprotesten wie 2011 und 2012 kommt. Wohl deshalb hat Putin Ende März

2016 auch den langjährigen Vorsitzenden der einflussreichen Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow, der der liberalen Opposition schon lange ein Dorn im Auge war, durch Ella Pamfilova, die Vorsitzende des Menschenrechtsrates beim russischen Präsidenten, ersetzt. Damit erhofft sich der Kreml bei den nächsten Wahlen weniger Kritik seitens internationaler Wahlbeobachter und der Opposition.

Und um bis dahin nicht den Anschein zu erwecken, die Zentralmacht tue nichts gegen die Missstände im Land, ist die Staatsführung in den vergangenen Monaten im Rahmen ihrer Antikorruptionskampagne wiederholt und jeweils medienwirksam gegen Politiker und Unternehmer, darunter namentlich regionale Machthaber, vorgegangen: So ließ Putin im Frühjahr 2015 den Gouverneur der Region Sachalin, Aleksandr Chorschawin, und im Herbst desselben Jahres den Vorsteher der Republik Komi, Wjatscheslaw Gajser, seinen Stellvertreter und über ein Duzend weiterer Amtspersonen verhaften. Und tatsächlich scheinen solche Aktionen zum positiven Bild Putins beizutragen. Er erscheint der Mehrheit der Bevölkerung – ganz anders als die Beamten innerhalb des Staatsapparats oder Regionalpolitiker – als unbestechlich und tüchtig, als jemand, der sich ehrlich um das Wohl des Landes und die Menschen kümmert. Auch die jüngsten Enthüllungen, die die so genannten »Panama-Papers« ans Licht brachten – rund zwei Milliarden US-Dollar aus dem Umkreis des russischen Präsidenten sollen in Offshore-Firmen geflossen sein – dürften diesem Bild wohl solange kaum nachhaltig schaden, als es den offiziellen Medien gelingt, diese Affäre als weiteren Beweis einer westlichen »Informationsattacke« gegen Russland darzustellen, die das Ziel habe, das Land im Vorfeld der Duma-Wahlen zu destabilisieren.

Die Verhärtung nach innen geht Hand in Hand mit einer immer aggressiveren Haltung nach außen: Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, Moskaus verdeckte Kriegsführung in der Ostukraine, die Militärintervention in Syrien, die Großmanöver der russischen Armee unmittelbar an den Grenzen zu Nato-Staaten, die wiederholten Verletzungen des Luftraumes anderer Staaten durch russische Kampflugzeuge und Jagdbomber – zu all diesen Kriegs- und Machtdemonstrationen reiht sich eine immer aggressivere antiwestliche Rhetorik. Wenn Medwedew stellvertretend für die antiwestliche Tonart des Kremls auf der 52. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016 von einem »neuen Kalten Krieg« und sogar »Weltkrieg« spricht, dann richten sich diese Worte allerdings nicht nur gegen den Westen, sondern auch an das Publikum zuhause. Mit der medialen Dauerberichterstattung über Konflikte, Gewalt und die heroischen Taten des russischen Militärs trimmt die Staatsführung die Bevölkerung auf Krieg, schürt aber

gleichzeitig auch eine eigentliche Kriegsangst, welche die Funktion hat, die Gesellschaft zu mobilisieren und sich deren Unterstützung zu sichern.

Machterhalt als oberstes Gebot

In der derzeitigen Krisensituation ist Machterhalt die oberste Maxime für die politische Führung. Alles andere hat sich diesem Gebot unterzuordnen. Als Putin anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation im Dezember 2015 erneut der Diversifizierung das Wort redete, indem er meinte, dass das niedrige Ölpreisniveau auch eine Chance darstellen würde, die Rohstoffabhängigkeit zu reduzieren, indem Sektoren wie die Hochtechnologie, aber auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), gestärkt würden, dann klang dies wohl sehr vernünftig, aber es ist in naher Zukunft wohl kaum mit praktischen Schritten in diese Richtung zu rechnen.

Tatsächlich wäre gerade die Förderung der KMU für die Diversifizierung dringend nötig, steuern diese derzeit doch lediglich 20 Prozent zum russischen Bruttoinlandsprodukt bei – und damit weit weniger als in den meisten westlichen Staaten, wo deren Wertschöpfungsanteil bei deutlich über 50 Prozent liegt. Doch der Weg dorthin ist steinig: Um das Innovationspotential, das in der russischen Gesellschaft schlummert, zur Entfaltung zu bringen, wären nebst der entschiedenen Stärkung der Rechtssicherheit auch ein Abbau der bürokratischen Erschwernisse, die entschlossener Bekämpfung der Korruption und schließlich auch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln nötig.

Das eigentliche Problem einer effektiven Diversifizierung ist allerdings darin zu sehen, dass im »System Putin« ein florierender Privatsektor bestehend aus KUM gar keinen Platz hat. Denn wenn das oberste Gebot die Beibehaltung eines Systems ist, das politische Macht mit Kontrolle über die Wirtschaft gleichsetzt, dann ist nicht davon auszugehen, dass die staatlichen Machthaber ein wirkliches Interesse daran haben, einen Sektor zu fördern, der sich von seiner Struktur her weit weniger gut kontrollieren lässt als einige Dutzend Großunternehmen und Oligarchen. Deren Interessen lassen sich jedenfalls leichter bedienen, um ihre Loyalität gegenüber der Kremlführung sicherzustellen.

Die Krise als Chance

Russland hat sich mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und seiner verdeckten Militärintervention in der Ukraine selbst ins Abseits manövriert. Moskau gibt sich seither nach außen unnachgiebig und kriegerrisch. Doch zwischen den Zeilen und hinter verschlossenen Türen tönt es anders. Dabei ist es ironischerweise nicht zuletzt auch die Maxime des eigenen Machterhalts, der die russische Führung dazu anhält, weiterhin eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen – und namentlich zu Europa – anzustreben. Denn immerhin

ist Europa der wichtigste Absatzmarkt für Russlands Öl und Gas – und damit eben auch die wichtigste Quelle für Deviseneinnahmen, welche eine zentrale Stütze des Putinschen Systems bilden.

Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner ist somit schlicht nicht im Interesse des Kreml und deshalb hören sich die Forderungen nach Autarkie und Abkoppelung Russlands von der Weltwirtschaft, wie sie etwa Sergej Glasjew, ein bekannter russischer Ökonom und Berater Putins, vorgeschlagen hat, ebenso abenteuerlich an wie die wiederholt geäußerte Idee, Russland könne Europa, den wichtigsten Abnehmer seiner Rohstoffe, durch den asiatischen Markt ersetzen und seine Erdöl- und Erdgasströme von West nach Ost umlenken. Solche Ansichten sind Teil der antiwestlichen Rhetorik, die das innenpolitische Klima in Russland derzeit vergiftet. Sie fügen sich zudem ein in die Vorstellung, dass Russland zwar offen für Allianzen und Kooperationen sei, es im Notfall aber auch allein schaffe. Oder, um es in den Worten von Putin zu formulieren, wie er sie etwa am 12. Januar 2015 in einem Interview in der Zeitung »Bild« geäußert hat: »[E]s ist wie im richtigen Leben: Eine glückliche Liebe ist nur eine, die erwidert wird. Wenn man nicht mit uns zusammenarbeiten will, na bitte, dann eben nicht«.

Moskau ist ein höchst ungemütlicher Partner, aber die russische Führung hat kein Interesse, ihr Land zum Paria der internationalen Staatengemeinschaft verkommen lassen. Russland ist gerade in der derzeitigen Krisensituation auf Investitionen und technologische Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen – und zwar vor allem im Energiesektor, wo sich die Krise besonders stark niederschlägt. Russland gibt sich nach außen trotzig, aber die Führung des Landes wird letztlich nicht darum herumkommen, die Investitionsbedingungen attraktiver zu gestalten, um ausländische Unternehmen und Kapital ins Land zu locken.

Die gegenwärtige Situation ist brandgefährlich, sie bietet aber auch Chancen. Und deshalb sollte der Westen Moskau nicht noch weiter in die Defensive drängen. Die kürzlich beschlossene massive Aufstockung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa ist keine Lösung, denn dies wird zur Verhärtung bestehender Fronten führen. Natürlich darf eine Normalisierung der Beziehungen Russlands zum Westen nicht auf Kosten der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten erfolgen. Eine stabile Ukraine zwischen Ost und West ist für die gesamteuropäische Sicherheit jedoch nicht minder wichtig wie ein wirtschaftlich prosperierendes Russland, das sich wieder als Partner – und nicht Gegenspieler – des Westens sieht.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Jeronim Perović ist SNF-Förderungsprofessor für Osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung umfassen die Geschichte Russlands vom 19. bis zum 21. Jahrhundert und die Geschichte des Balkans. Er ist Herausgeber der Online-Zeitschriften »Russian Analytical Digest« und »Caucasus Analytical Digest«.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die stark erweiterte Version eines Textes, der am 1. März 2016 auf der Internet-Plattform »Geschichte der Gegenwart« und danach in englischer Sprache im »Russian Analytical Digest« Nr. 180/2016 erschienen ist.

Lesetipps

- Gaddy, Clifford G., Barry W. Ickes: Russia's Dependence on Resources, in: Michael Alexeev, Shlomo Weber (Hg.): The Oxford Handbook of the Russian Economy, Oxford 2013, S. 309–349.
- Movchan, Andrey: Just an Oil Company? The True Extent of Russia's Dependency on Oil and Gas, 14. September 2015, <<http://carnegieendowment.org/2015/09/14/just-oil-company-true-extent-of-russia-s-dependency-on-oil-and-gas/ihgt>>.

ANALYSE

Was Wladimir Putin tatsächlich gesagt hat, als er eine »neue Plattform zur Lösung von Konflikten zwischen Unternehmen und den Silowiki« ankündigte

Andrei Yakovlev, Moskau

Die Arbeitsgruppe zum Monitoring der Rechtsanwendung im Zusammenhang mit Unternehmen

Zu sowjetischer Zeit wusste der fortschrittlichere Teil der Gesellschaft sehr wohl, dass offizielle Informationen in der Regel nicht wörtlich zu nehmen waren, sondern symbolisch (da in den Nachrichten bisweilen praktisch keinerlei Information enthalten waren). Anders gesagt: Es kam darauf an, den Hintergrund zu sehen und zwischen den Zeilen zu lesen. So bestand die wichtigste Information oft nicht in dem, was die betreffende Nachricht enthielt, sondern darin, was dort fehlte (obwohl es der Logik nach dort sein müsste). In unserer Zeit, da das Internet und soziale Netzwerke totale Verbreitung gefunden haben, ist die Situation zweifellos erheblich anders, doch gibt uns die aus der Vergangenheit ererbte Erfahrung des Zwischen-den-Zeilen-Lesens eine Möglichkeit an die Hand, in einigen Nachrichten das zu lesen, was die Offiziellen, die sie verkündeten, lieber nicht direkt sagen wollten. Betrachten wir also unter diesem Aspekt die unlängst erfolgte Ankündigung, dass in der Präsidialadministration eine Arbeitsgruppe zum Monitoring der Rechtsanwendung im Zusammenhang mit Unternehmen gebildet werden soll (<[http://www.kremlin.](http://www.kremlin.ru/events/president/news/51343)

[ru/events/president/news/51343](http://www.kremlin.ru/events/president/news/51343)>; englische Fassung: siehe die Lesetipps).

Erwähnt sei zunächst, dass diese Meldung bald nach dem in Moskau einsetzenden Abriss Dutzender Kioske und Läden auf den Titelseiten der Presse auftauchte (die Läden werden von der Kanzlei des Moskauer Bürgermeisters als »rechtswidrige und ungenehmigte Eigenbauten« eingestuft, ungeachtet von Gerichtsentscheidungen, die die Eigentumsrechte der Besitzer bestätigen <<http://www.rbc.ru/business/09/02/2016/56b901239a7947d50d5633d2>>), und zwei Tage vor der Festnahme von Dmitrij Kamenschtschik, des Besitzers des Moskauer Flughafens Domodedowo, die auf Initiative des Strafermittlungskomitees erfolgte. Im letzteren Falle hat sich die Generalstaatsanwaltschaft gegen diese Verhaftung gewandt (<<http://ria.ru/incidents/20160220/1377802970.html>>). Beide Vorfälle haben in Unternehmerräumen für einige Nervosität gesorgt.

Das ist der Hintergrund, vor dem die Schaffung einer eigenen Arbeitsgruppe verkündet wurde, die Konfliktsituationen zwischen den »Machtbehörden« (den *Silowiki*) und den Unternehmen mit lösen soll. Leiten wird die Arbeitsgruppe Sergej Iwanow, der Leiter

der Präsidialadministration; als Mitglieder wurden die Leiter der führenden Unternehmerverbände (des Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer »RSPP«, des Verbandes »Delowaja Rossija«, des Verbandes kleiner und mittlerer Unternehmen »OPORA Rossii«, der Industrie- und Handelskammer der Russischen Föderation »TPP RF«), Vertreter des Innenministeriums, des Strafermittlungskomitees, des FSB und der Generalstaatsanwaltschaft (im Range des stellvertretenden Behördenleiters) sowie zwei Berater des Präsidenten berufen: Andrej Belousow (verantwortlich für die Wirtschaft) und Larissa Brytschewa (Leiterin der Verwaltung Staatsrecht [in der Präsidialadministration]).

Die Zweckmäßigkeit einer solchen Arbeitsgruppe wurde am 15. Februar 2015 durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin bei einem Gespräch mit Alexander Schochin dargelegt, dem Präsidenten des RSPP (<<http://rspp.ru/news/view/8933>>). Anschließend kommentierte Putin am 16. Februar auf einer allrussischen Konferenz von Gerichtsvorsitzenden die Ziele einer derartigen Arbeitsgruppe, während Sergej Iwanow, Leiter der Präsidialadministration, gegenüber Journalisten Näheres zur Arbeit dieser Gruppe erzählte. Seinen Äußerungen zufolge werde die Arbeitsgruppe nicht konkrete Fälle behandeln; ihre Tätigkeit sei allgemein darauf gerichtet, die Bedingungen für das Funktionieren ehrlicher und transparenter Unternehmen zu erleichtern (<<http://ria.ru/economy/20160216/1375559934.html>>). Wenig später allerdings schloss Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des Präsidenten, nicht aus, dass die Arbeitsgruppe auch einzelne aufsehenerregende Fälle behandeln werde (<<http://www.rosbalt.ru/federal/2016/02/19/1491611.html>>). Vertreter von Unternehmensverbänden waren in ihren Einschätzungen vorsichtiger, gehen aber insgesamt davon aus, dass, obgleich die Beschlüsse der Arbeitsgruppe nur Empfehlungscharakter haben sollen, deren Gewicht dadurch verstärkt werde, dass sich die betreffenden Fragen unter der Aufsicht der Präsidialadministration befindet (<<http://www.rbc.ru/economics/16/02/2016/56c356ff9a794756f30a2aba>>).

Der Hintergrund und die Kräfteverhältnisse

Was sagen uns nun diese Meldungen? Die erste und naheliegendste Erklärung wäre: Die Regierung ist wegen der Lage der Wirtschaft beunruhigt (offiziellen Prognosen des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung zufolge ist 2016 ein Rückgang des BIP von 0,8 Prozent zu erwarten, werde die Industrieproduktion um 0,4 Prozent sinken und der Kapitalabfluss 50 Mrd. US-Dollar bei einem Ölpreis von 40 US-Dollar pro Barrel betragen; <<http://www.vedomosti.ru/economics/articles/2016/01/15/624101-rossiyu-zhdet-esche-god-retsessii>>). Daher würde die Regierung versuchen, den Unternehmen zu

helfen – durch eine weitere Auflage einer »Verbesserung des Geschäftsklimas«. Dem stärker interessierten Leser sagen diese Meldungen erheblich mehr.

Unter anderem zeigt die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, wer der Chef ist. Bereits 2007 hatte ein stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung auf einer durchaus offiziellen Sitzung, zu der auch eine Reihe Experten eingeladen waren, einen interessanten Satz gesagt: »Wir alle wissen sehr wohl, wer bei uns die wichtigsten Wirtschaftsbehörden sind: nicht das Finanzministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, sondern das Innenministerium, der FSB und die Staatsanwaltschaft.« Allerdings fügte eben jener stellvertretende Minister dann hinzu, dass das Gesagte nicht bedeute, dass in der Präsidialadministration eine Entscheidung zugunsten eines bestimmten Modells gefallen sei. Dort sei man bereit, die unterschiedlichsten Ideen aufzugreifen. Gleichwohl zeigt bereits die Tatsache, dass eine solche Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz niemands geringeren als dem Leiter der Präsidialadministration gebildet wird, dass sich bei uns in den neun Jahren nur wenig verändert hat. Genauer gesagt: Was damals für Eingeweihte offensichtlich war, ist heute für alle klar ersichtlich und Putin erkennt das im Grunde als gegeben an.

Beleg hierfür ist die Liste derjenigen, die zur Arbeitsgruppe gehören. Dort sind zum Beispiel keine Vertreter des Obersten Gerichts zu finden, das ja schließlich über solche Konflikte gemäß der geltenden Gesetzgebung entscheiden sollte (und eben dies geschieht in vielen Ländern in Ost und West. Ebenso fehlen dort Vertreter der Staatsduma und des Föderationsrates, in denen ja eigentlich diese »geltende Gesetzgebung« verabschiedet wird. Und schließlich fehlt dort Boris Titow, der Bevollmächtigte für die Rechte der Unternehmer, der 2012 in dieses Amt in der Präsidialadministration aus eben dem Grund berufen wurde, um einen Schutz der Unternehmen vor dem Druck durch *Silowiki* zu gewährleisten. Das Fehlen des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung, Alexej Uljukajew, muss dann schon nicht mehr kommentiert werden...

Dem lässt sich natürlich entgegenhalten, dass in der Arbeitsgruppe der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Andrej Belousow, vertreten ist, einst selbst Minister für wirtschaftliche Entwicklung. Doch fungiert er hier als Vertreter der Präsidialadministration, was hinreichend deutlich die technische Rolle unterstreicht, die der »Wirtschaftsblock« der Regierung heute innehat. Der Umstand hingegen, dass der Arbeitsgruppe »handverlesene stellvertretende Minister« angehören, bedeutet, dass die Leiter der entsprechenden Behörden nach wie vor die Möglichkeit haben werden, im Rahmen direkter Kontakte zum Präsidenten zuvor ergan-

gene Beschlüsse der Arbeitsgruppe zu ihren Gunsten zu revidieren.

Was bleibt unter dem Strich? Das Regime erkennt öffentlich an, dass die Willkür von Polizei und Justiz der wirtschaftlichen Entwicklung schadet und dass die Machtministerien, die *Silowiki*, über dem Gesetz stehen. Ebenso wird eingestanden, dass die vorangegangenen Versuche zur Änderung der Lage (zunächst die Änderungen im Strafgesetzbuch und der Strafprozessordnung, dann die Schaffung eines Bevollmächtigten zum Schutz der Rechte von Unternehmern, der aufgrund eines eigens verabschiedeten Gesetzes tätig ist) nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht haben, nämlich Wirtschaftswachstum und einen Anstieg der Investitionen.

Was wird stattdessen vorgeschlagen? Eine Lösung entstehender Probleme per »manueller Steuerung« in einem Format, in dem Polizei und Justiz weiterhin über dem Gesetz stehen. Schließlich sollen Konfliktsituationen zwischen *Silowiki* und Unternehmen vom Leiter der Präsidialadministration behandelt werden, einer Behörde, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist, die

aber in Wirklichkeit über sehr viel größere Vollmachten verfügt, als die Exekutive oder die Judikative.

Was ist von dieser neuen Institution zu erwarten? Wie Jana Jakowlewa völlig zurecht in ihrem Kommentar (<http://www.forbes.ru/mneniya-column/siloviki/313197-sloimat-konveier-kak-osvobodit-biznes-ot-davleniya-silovikov>) anmerkt, liegen die Schlüsselprobleme in den Beziehungen zwischen Unternehmen und *Silowiki* nicht im Gehalt der Gesetze, sondern in der Praxis der Rechtsanwendung, die nur anhand konkreter Fälle erkennbar wird.

In diesem Kontext wäre eine Einstellung des Strafverfahrens gegen Kamenschtschik aufgrund der Arbeit einer Arbeitsgruppe mit derart hochgestellten Amtsträgern besser als nichts. Allerdings sind prinzipielle Veränderungen in dem Verhältnis zwischen Rechtsschützern und Unternehmen kaum zu erwarten, bleibt doch das Prinzip bei der Lösung von Konfliktsituationen unverändert: nicht gemäß dem Gesetz, sondern informeller »Konvention« folgend.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts für Unternehmens- und Marktanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau.

Lesetipps

Mitschrift zu Putins Teilnahme an der Tagung der Gerichtsvorsitzenden: President of Russia: Events, Conference of court chairmen, 16. Februar 2016; http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/communitiy_meetings/51343.

DOKUMENTATION

openDemocracy: Warum wir keine Artikel über Putin publizieren

Maxim Edwards, Thomas Rowley, Natalia Antonova, Mikhail Kaluzhsky

Mainstream-Medien im Westen und in Russland sind auf den russischen Präsidenten fixiert. Wir erläutern, warum wir es nicht sind.

Falls Sie es nicht bemerkt haben sollten: Wir publizieren keine Artikel über Wladimir Putin. Zumindest nicht regelmäßig. Im vergangenen Jahr hat »openDemocracy – Russia and Beyond« (oDR) nur drei Artikel über Russlands führenden Mann veröffentlicht. Wenn Sie diese Ziffer mit denen der meisten Websites vergleichen, die zu den Entwicklungen im postsowjetischen Raum publizieren, oder gar mit denen der inländischen Nachrichtenportale, ist das sehr wenig.

Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst sind in der Presse – sei es die Londoner oder die Moskauer – mehr als genug Beiträge über das Tun und die Vorstellungen von Wladimir Putin zu finden. Die Regionen Russlands hingegen werden weitgehend ignoriert oder bevormundet.

Putin ist wichtig. Über die vergangen 15 Jahre hinweg hat er eine dominierende Position in Russlands politischer Ökonomie eingenommen (und ist ihm eine solche Rolle gegeben worden). Der Name »Putin« ist symbolisch geladen mit Stabilität, einem wiedererwachenden Russland. Der Effekt ist, dass man Russland ohne ihn nicht verstehen kann.

Wir bei oDR sind daran interessiert davon zu berichten, was von den Mainstream-Medien (sowohl in Russland als auch außerhalb des Landes) liegen gelassen wird.

1. Wir meinen, die Konzentration auf Putin verdeckt einen Mangel an Kenntnis.

In ihrem Buch »The Putin Mystique« beschreibt Anna Arutunyan eine Begegnung mit dem russischen Präsidenten. »Ich hatte seinen starren, trostlosen Aluminium-Blick ganze dreißig Sekunden lang zu ertragen. Ich fand dort keine Seele, überhaupt nichts ›interessantes‹, erinnert sie sich.

»Tatsächlich war das Eheste was ich sah, als er mich einige Momente wie ein Tapetenmuster angestarrt hatte, nachdem sein gelangweilter, ungeduldiger Blick durch den ganzen Raum gehuscht war, eine Reflexion von dem, was auch immer ich sehen wollte.«

Das Buch »The Putin Mystique« endet nicht mit seiner Hauptfigur. Die Autorin konzentriert sich stattdessen auf ein politisches System, das eine Sakralisierung der Staatsmacht und ihrer Personifizierung möglich macht. Kurz gesagt, Russlands endemische Korruption und ein tief verwurzelter patrimonialer Staat sind der felsenfeste Grund, auf dem das System ruht. Und den gab es schon vor Putin.

Putin mag kein Präsident sein, der bloß reagiert, wie es Michail Sygar in seinem jüngsten Buch »Endspiel« schreibt – er hat Glauben, Überzeugungen und einen Regierungsstil – aber er ist eher Schlichter in einem komplexen System von *checks and balances* in den Eliten als ein klassischer »Diktator«. Korruption ist schließlich nicht nur ein soziales und wirtschaftliches Übel, es ist auch eine Form des Eliten-Managements.

Die Entscheidungsprozesse des Kreml sind mehr als undurchsichtig. Manchmal sind prognostische Vermutungen von außen nützlich, sie schaffen aber auch ein falsches oder verzerrtes Bild davon, wie Russland funktioniert.

Artikel mit dem Thema »was hat Putin gerade vor« zeugen eher von mangelnder denn von überreicher Kenntnis. In diesem Sinne geht die Konzentration der Medien auf Putin nicht nur der PR-Politik des Kreml auf den Leim, sondern repliziert fast schon orientalistische Formen des Wissens um Russlands »östliche Despotie«. Die gesamte Verantwortung für politisches Scheitern oder Erfolg kann nicht auf einer einzigen Person ruhen.

Russische Staatsmedien haben westliche Journalisten wegen deren Obsession für Putin heftig gescholten; wir pflichten ihnen gern bei, wenn auch aus anderen Gründen.

2. Wir meinen, dass an Russland mehr dran ist, als Personenpolitik

Die Image-Politik (s. z. B. <<http://www.theatlantic.com/photo/2011/09/vladimir-putin-action-man/100147/>>), die Photo-Sessions (s. <<http://www.businessinsider.com/43-pictures-vladimir-putin-tough-2013-9?IR=T>>), das zeitweilige Verschwinden (s. <<http://europe.newsweek.com/putins-disappearance-what-was-all-about-315443>>), all diese Aufmerksamkeit für Putin verdeckt eine mächtigere und beunruhigendere Realität eines Landes, das von einer bröckelnden Infrastruktur heimgesucht wird, was auf Korruption und Gleichgültigkeit zurückgeht, eines Landes, das von tiefster Ungleichheit geprägt ist (s. <<http://www.rferl.org/content/russia-billionaire-wealth-inequality/25132471.html>>). Dies allein mit Putin in Verbindung zu bringen, bedeutete, die Story darüber zu verfehlen, wie es hierzu gekommen ist.

Es gibt sicherlich eine reiche Palette an Umständen, die Putins Politikstil beeinflusst haben und beeinflussen, angefangen von nationalistischen Philosophen wie Alexander Dugin und Ivan Iljin bis hin zu seinen bittersüßen Erfahrungen als KGB-Offizier in der dahindämmernden DDR.

Putins Vertikale der Macht ist allerdings von bemerkenswert selbsterhaltender Natur; von ganz oben gesendete Signale werden von übereifrigen Bürokraten und Verwaltern gedeutet.

Ein Führer, der allein durch korrupte Berater in die Irre geleitet werden kann – selbst aber in seinem Regieren (es handelt sich unweigerlich um einen *er!*) nicht fehlgehen kann, das ist Teil einer langen, unwürdigen Tradition russischer Staatskunst. Der Mann an der Spitze kann die Anerkennung für deren Erfolge einstreichen und hält genug Distanz zu ihren Fehlern.

Wir möchten stattdessen die fortgesetzten verschlungenen Versuche der russischen Elite aufzeigen, die in ihrem Streben nach einem korrupten wie autoritären Staatskapitalismus den *demos* von einer politischen Teilhabe fernzuhalten. Wir müssen von den Möglichkeiten berichten, so dürftig sie auch sein mögen, die es zur horizontalen Mobilisierung gegen willkürliche Macht gibt. Noch dringlicher ist es, die russische Regierung weiterhin für deren systematische Verletzung von Rechten zur Verantwortung zu ziehen, seien es nun soziale und wirtschaftliche, politische oder Menschenrechte.

3. Wir meinen: Die Konzentration der Mainstream-Medien auf Putin lenkt von der Bevölkerung Russlands ab

Seit seiner Gründung ist das Projekt »oDR« der Berichterstattung über politische Entwicklungen verpflichtet gewesen, sowohl von unten als auch aus den Regionen. oDR ist weniger an augenblicklichen Wahrnehmungen interessiert, als vielmehr daran, wie die Dinge langfristig zum Tragen kommen.

Für uns unterminiert die ständige Konzentration auf Putin die Handlungsfähigkeit und Dynamik im politischen und sozialen Spektrum Russlands und übergeht die alltäglichen Erfahrungen und Entwicklungsbahnen, sei es im

Zentrum oder in den Regionen. Diese Wissenslücke steht einem Verständnis dessen entgegen, wie die russische Elite innerhalb Russlands Legitimität erzeugt, indem mit Hilfe sozialer Trennlinien in und zwischen Regionen manipuliert wird, wie Natalja Subarewitsch in einem jüngst erschienenen Artikel erläutert (s. N. Zubarevich: Four Russias: the new political reality, 1. 2. 2016; <<https://opendemocracy.net/od-russia/natalia-zubarevich/four-russias-new-political-reality>>).

Die Entbehrungen der Menschen, die in der russischen Region leben, sind seit langem eher als ethnographisches denn als politisches Thema beschrieben worden. Innerhalb des Moskauer Gartenrings ist das weitverbreitete »patriotische« Verständnis von »schweren Zeiten« als etwas zum russischen Provinzleben Dazugehörendes (warum sollten die auch etwas Besseres erwarten?) ein Spiegelbild der »neuen Kremlologie«. Beide Sichtweisen sprechen den einfachen Bürgern Russlands, die versuchen, über die Runden zu kommen, ihre Handlungsfähigkeit ab.

Vor diesem Hintergrund arbeiten wir regelmäßig mit Aktivisten und Journalisten aus ganz Russland zusammen, um Geschichten zu veröffentlichen, die sonst nicht aufgegriffen werden, etwa die Verwerfungen, von denen lokale Gemeinschaften in Kalmykien durch eine internationale Pipeline heimgesucht werden (s. <<https://opendemocracy.net/od-russia/badma-biurchiev/at-bottom-of-power-vertical>>), oder die Versuche, alte, heilige Hügel Baschkortostans vor einem Verkauf zur Mineraliengewinnung zu bewahren (s. <<https://opendemocracy.net/od-russia/artur-asafyev/these-hills-are-ours>>).

Der Blog »The Russian Reader«, eine weitere Initiative dieser Art, zeigt, dass solche Geschichten aus der »Peripherie«, falls richtig in den Kontext gesetzt, letztlich gar nicht so »peripher« sind. Das zunehmende Engagement und die Arbeiterproteste in den Regionen deuten darauf hin, dass die Geduld der Menschen nicht unerschöpflich ist (s. <<http://www.rbc.ru/politics/04/02/2016/56b343509a7947e65b8e0435>>), egal welche patriotischen Leckerbissen ihnen zugeworfen werden. In der Tat ging die Hauptwucht des Schlages, den Russlands Elite gegen die eigene Bevölkerung geführt hat, vor allem auf Bevölkerungsschichten außerhalb Moskaus und St. Petersburgs nieder.

Da Russlands Wirtschaft weiterhin abwärts trudelt, wird die Berichterstattung über die Regionen von entscheidender Bedeutung sein, um zu verstehen, was mit der Welt der Arbeit und Demokratie in Russland geschehen ist. Putin hat zwar das seine dazu beigetragen, aber wir sollten seine Verdienste auch nicht überbewerten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Dieser Artikel ist zuerst am 4. März 2016 auf Englisch bei **openDemocracy** (Sparte Russia and Beyond – oDR) erschienen; <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/maxim-edwards-thomas-rowley/why-we-don-t-publish-articles-about-putin>>. Wir danken oDR für die freundliche Genehmigung, den Artikel auf Deutsch zu publizieren.

openDemocracy <<https://www.opendemocracy.net/>> ist eine unabhängige globale Medienplattform, die in der Woche bis zu 60 Artikel veröffentlicht, die sich kritisch mit der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten u. a. in Großbritannien, Lateinamerika und Eurasien auseinandersetzen.

Über die Autoren

Maxim Edwards ist verantwortlicher Redakteur bei **oDR**. Er schreibt zu Nationalismus sowie interethnischen und interreligiösen Beziehungen mit einem Schwerpunkt auf die postsowjetischen Staaten. Seine Artikel sind unter anderem bei »Al-Jazeera«, »Al Monitor«, »Souciant« und »The Forward« erschienen.

Tom Rowley ist Lead Editor bei **oDR**. Er beendet derzeit an der Universität Cambridge seine PhD-Arbeit über Andersdenken in der Sowjetunion.

Natalia Antonova arbeitet als Redakteurin bei **oDR**. Sie ist in Kiew geboren und in North Carolina aufgewachsen und arbeitet als Kommentatorin und Dramaturgin.

Mikhail Kaluzhsky ist Lead Editor für Russisch bei **oDR**. Er ist der Autor von »Repressirowannaja Musyka« (2007) und Projekten des dokumentarischen Theaters. Von 2012 bis 2014 war er als Kurator des Theaterprogramms des Moskauer Sacharow-Zentrums tätig.

Lesetipps

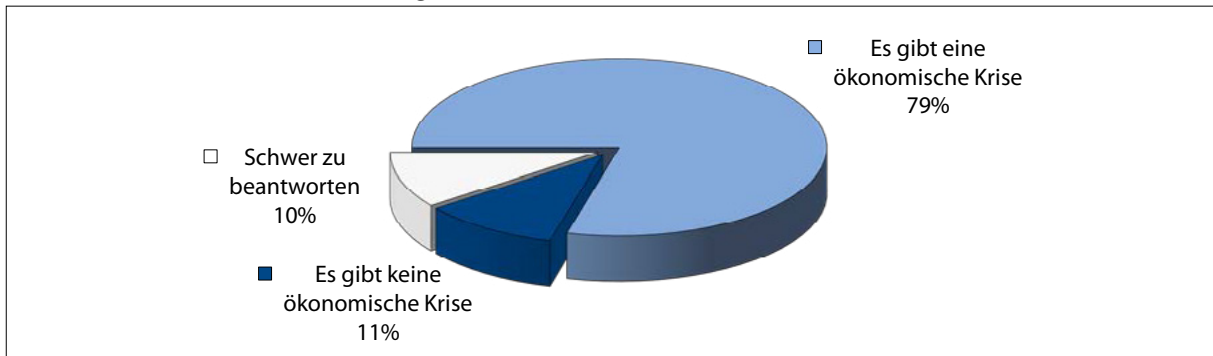
- Arutunyan, Anna: The Putin Mystique. Inside Russia's Power Cult, Newbold on Stour: Skyscraper Publications 2014.
- Sygar, Michail: Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin, Köln: Kiepenheuer&Witsch 2015.

UMFRAGE

Russlands innere Verfassung in Umfragen

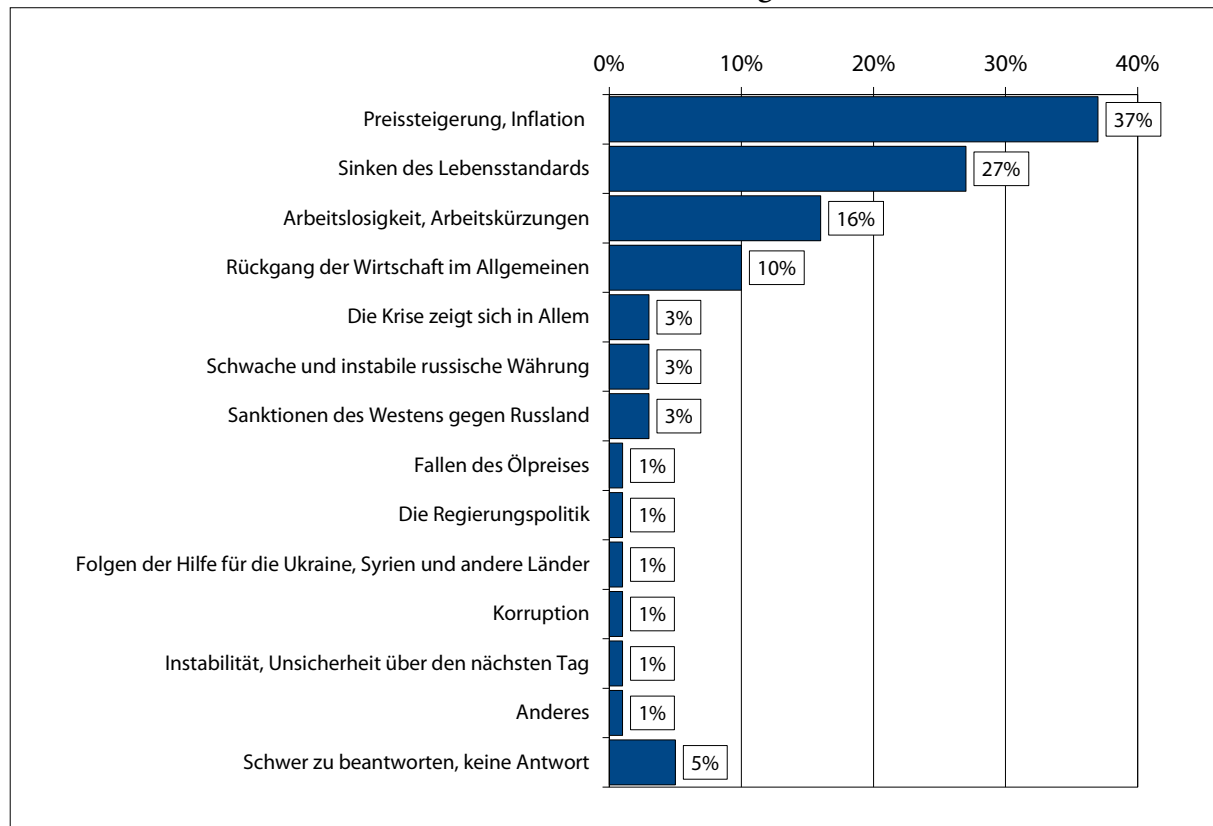
Krisenwahrnehmung in der Bevölkerung

Grafik 1: Gibt es Ihrer Meinung nach derzeit in Russland eine Wirtschaftskrise oder nicht?



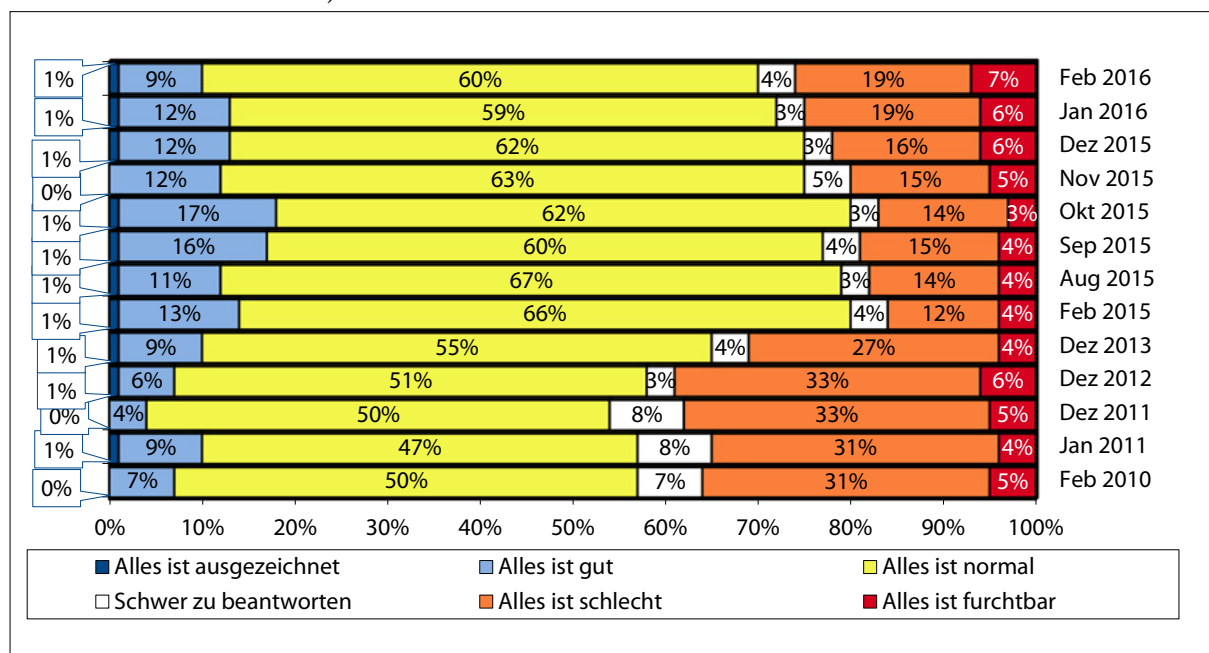
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 19.–20. März 2016 <<http://fom.ru/Ekonomika/12578>>, 25. März 2016

Grafik 2: Wie macht sich die Krise bemerkbar? (Offene Frage)



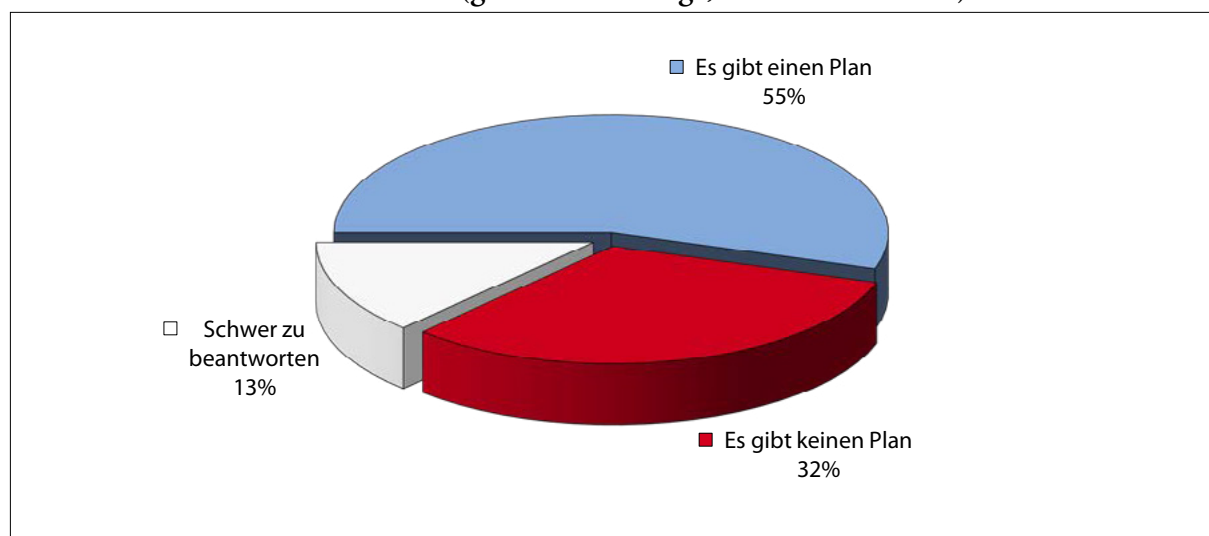
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 19.–20. März 2016 <<http://fom.ru/Ekonomika/12578>>, 25. März 2016

Grafik 3: Wie schätzen Sie die Situation im Land insgesamt ein? (geschlossene Fragen, eine Antwort in %)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 20.–21. Februar 2016 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115615>>, 15. März 2016

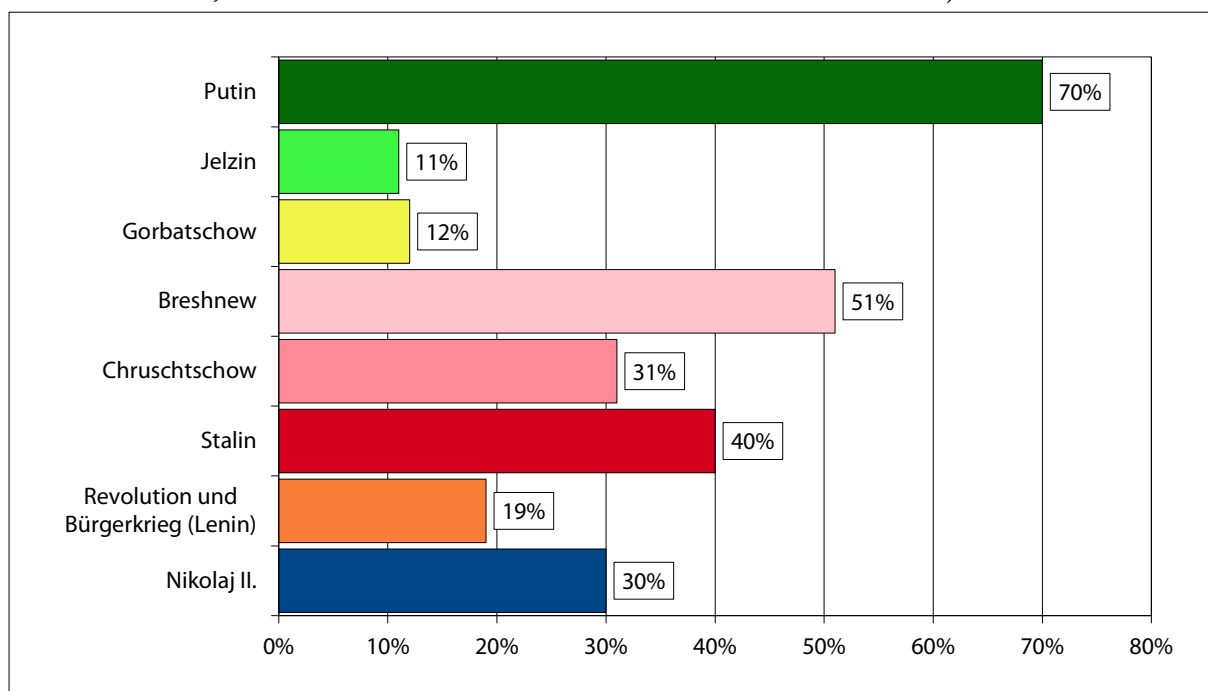
Grafik 4: Was denken Sie, hat die russische Regierung einen sinnvollen Plan, um die Krise zu überwinden oder nicht? (geschlossene Frage, eine Antwort in %)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Februar 2016 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115644>>, 31. März 2016

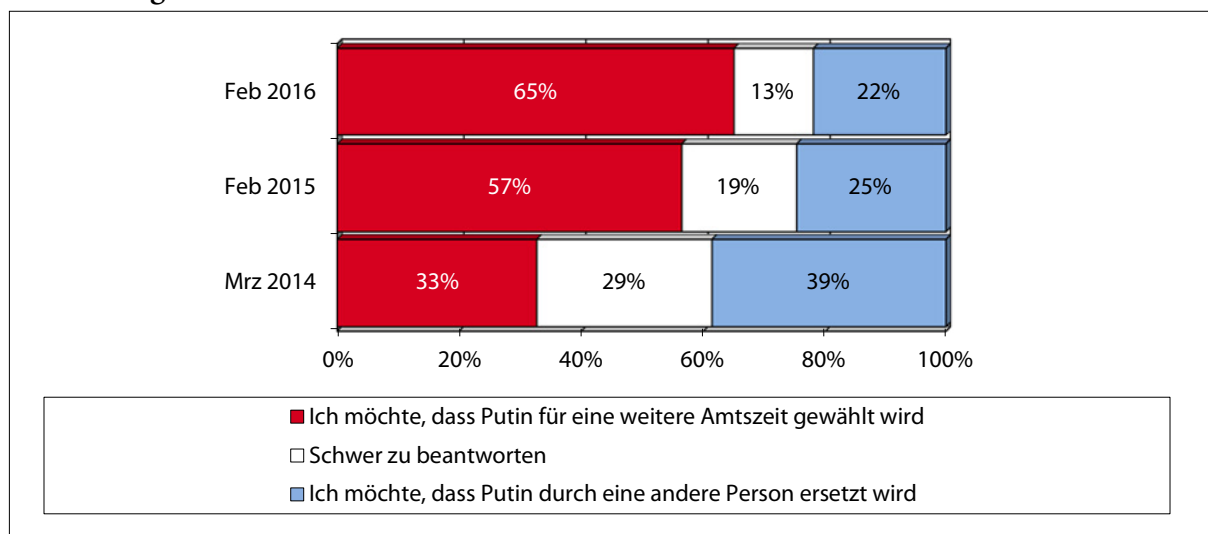
Bewertung der politischen Führung (historisch und aktuell)

Grafik 5: Mit welcher Bewertung der jeweiligen Epochen sind Sie einverstanden? (Februar 2016, Antwort: »Diese Zeit brachte mehr Gutes als Schlechtes«)



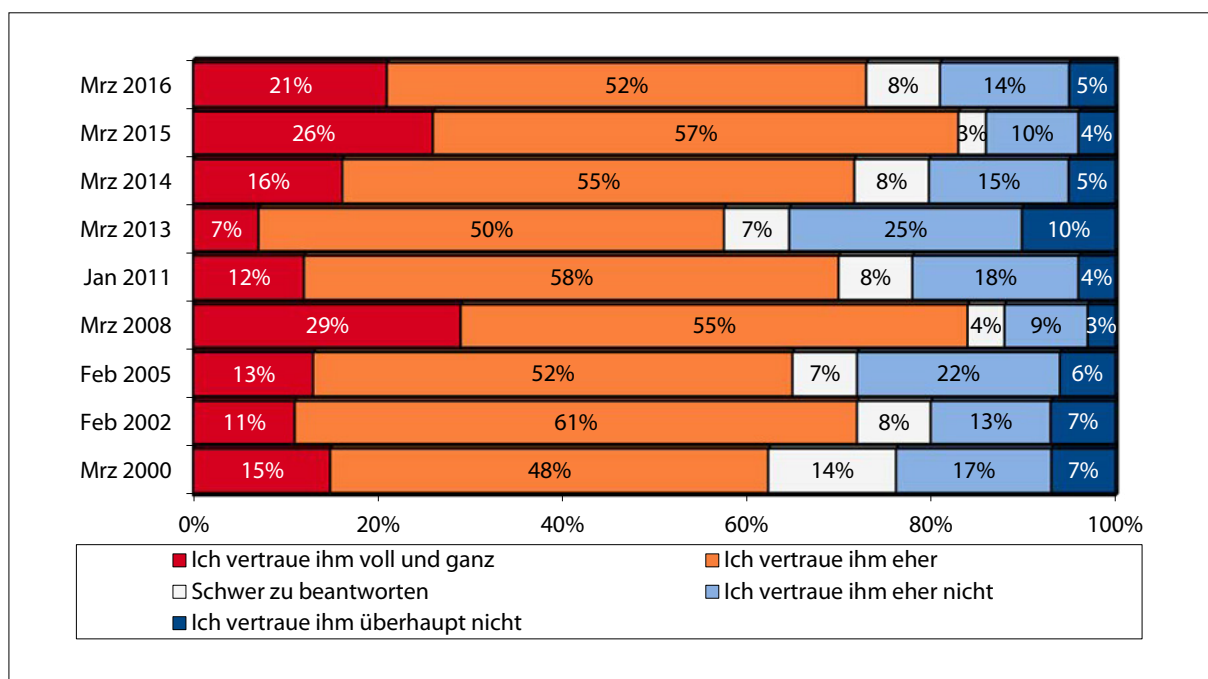
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/01/praviteli-v-otechestvennoj-istorii/>>, 2. März 2016

Grafik 6: Möchten Sie, dass Wladimir Putin 2018 für eine weitere Amtszeit zum Präsidenten gewählt wird? Oder dass er durch eine andere Person ersetzt wird?



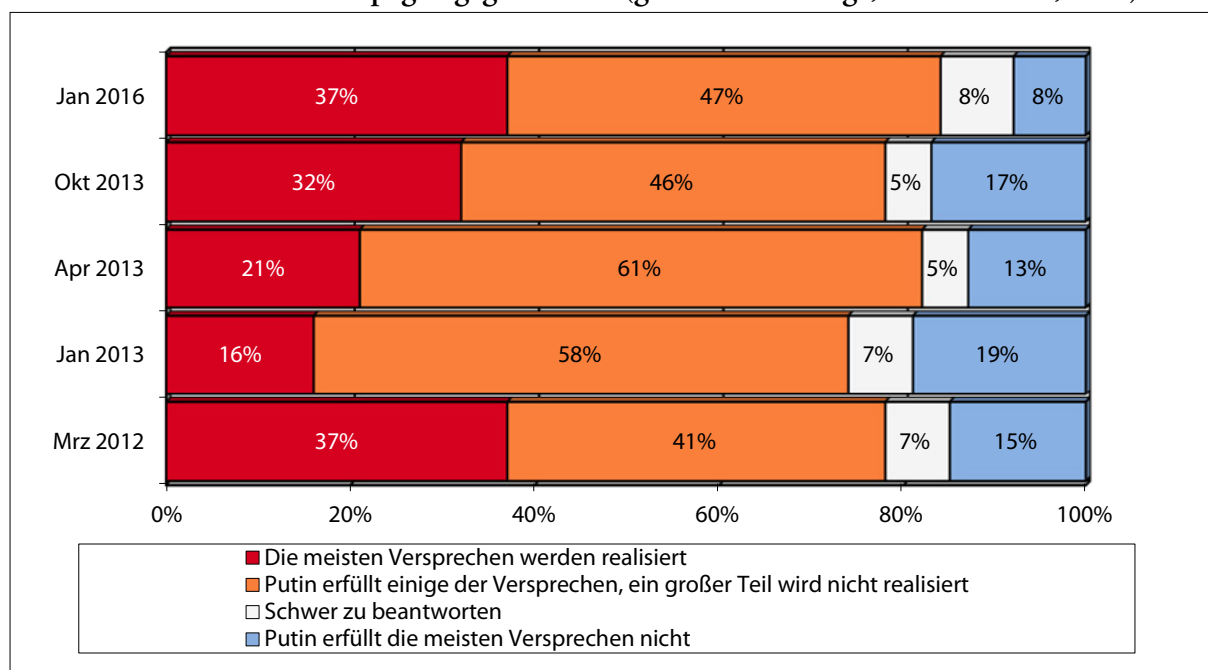
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/21/vladimir-putin-otnoshenie-i-doverie-2/>>, 21. März 2016

Grafik 7: Inwieweit vertrauen Sie Wladimir Putin?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/21/vladimir-putin-otnoshenie-i-doverie-2/>>, 21. März 2016

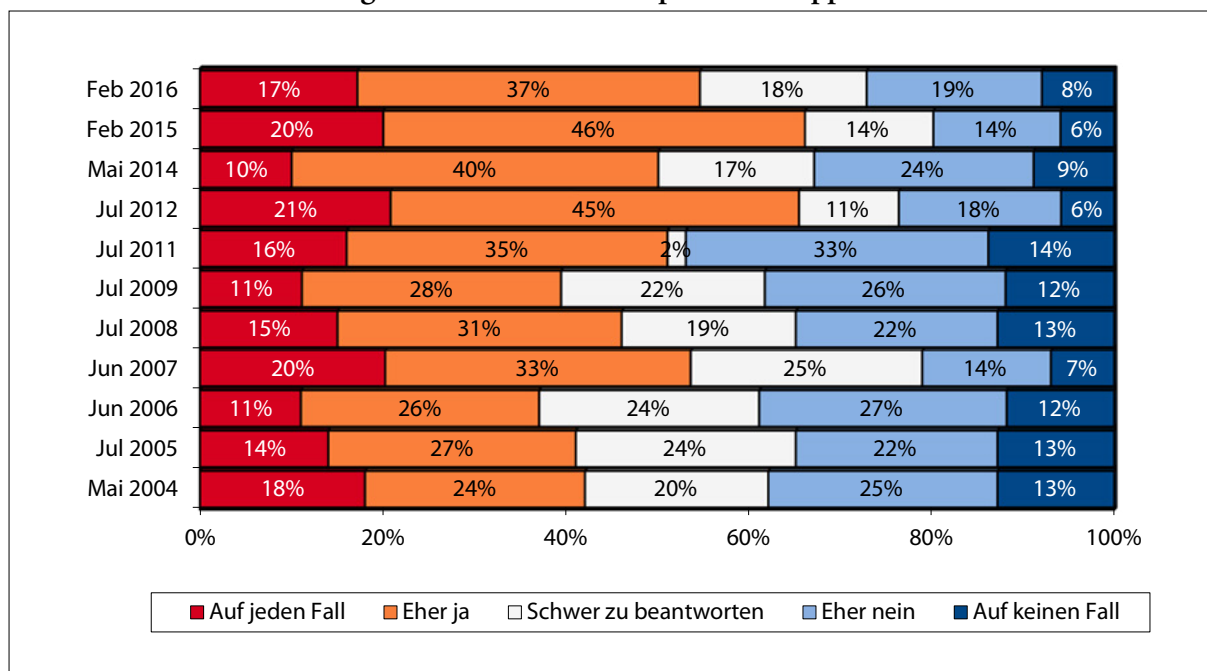
Grafik 8: Erfüllt Wladimir Putin die Versprechen, die er während seiner letzten Präsidentschafts-Wahlkampagne gegeben hat? (geschlossene Frage, eine Antwort, in %)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. Januar 2016 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115604>>, 6. März 2016

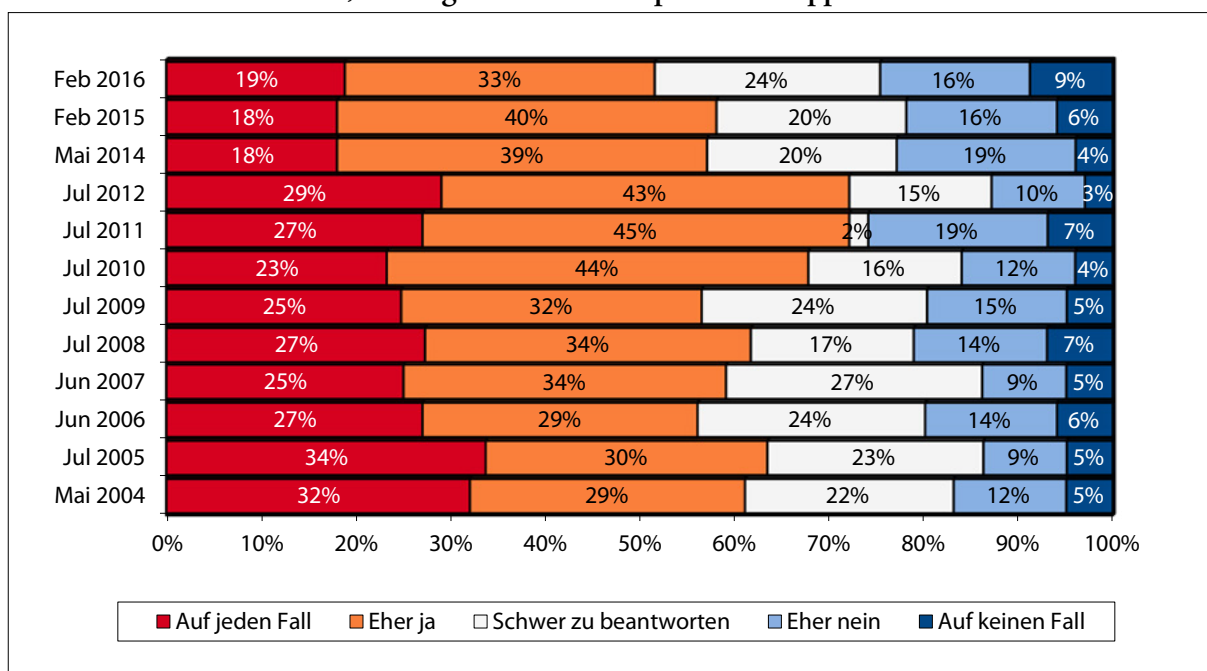
Opposition in Russland

Grafik 9: Was denken Sie, gibt es in Russland eine politische Opposition?



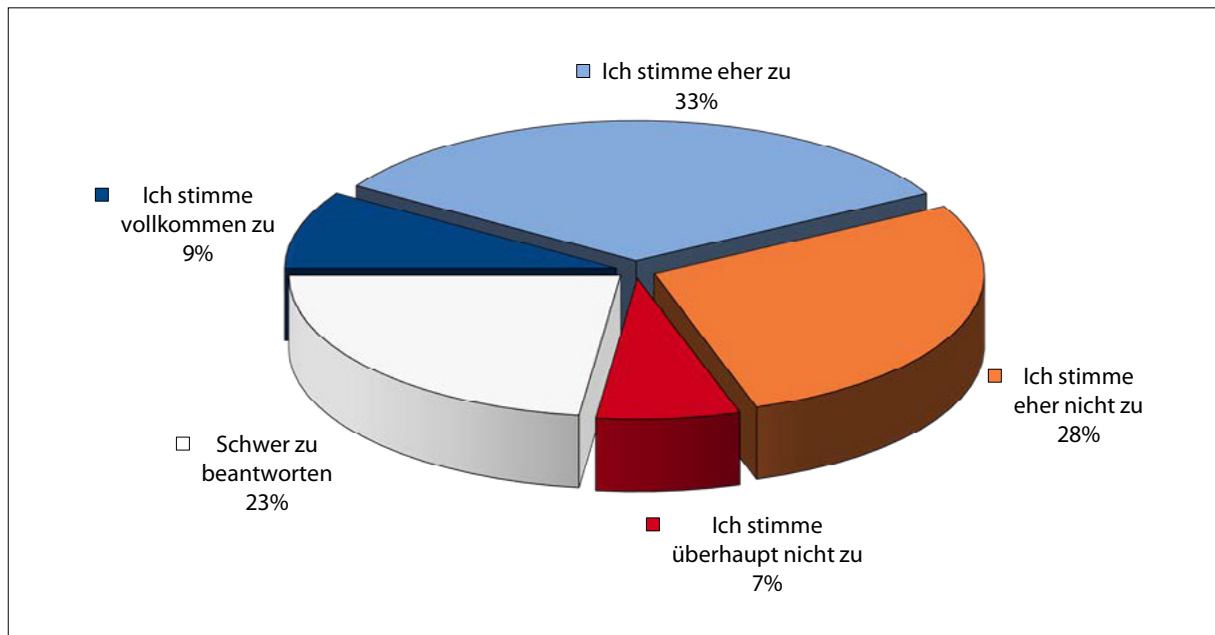
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/14/oppozitsiya-neobhodimost-uznavaemost-i-doverie/>>, 15. März 2016

Grafik 10: Was denken Sie, benötigt Russland eine politische Opposition?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/14/oppozitsiya-neobhodimost-uznavaemost-i-doverie/>>, 15. März 2016

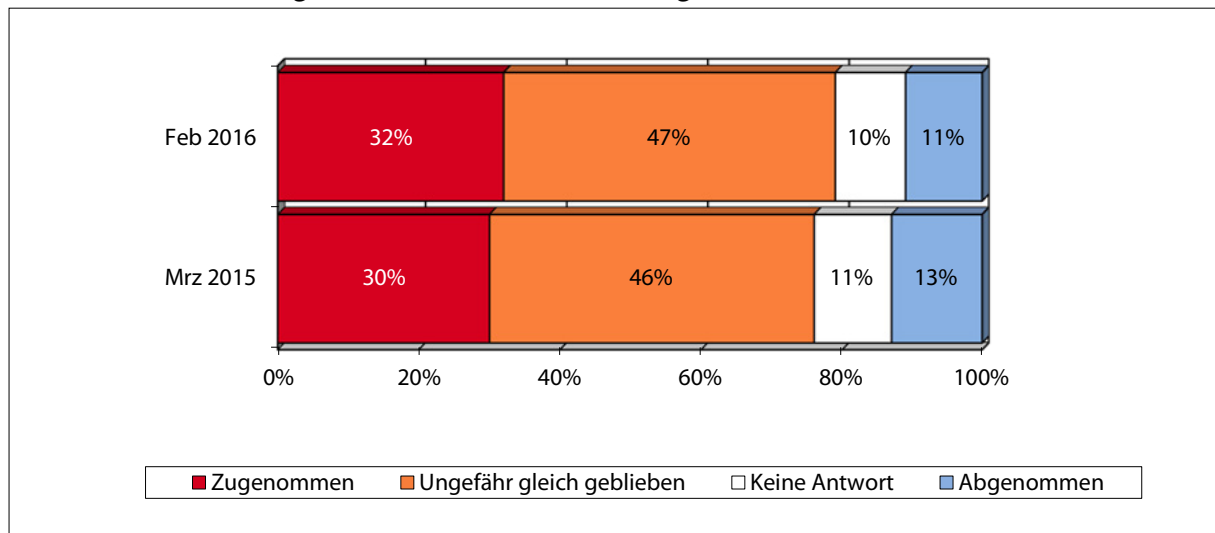
Grafik 11: Stimmen Sie der Ansicht zu oder nicht zu, dass im Zusammenhang mit den anstehenden Duma-Wahlen und der Wahl des Präsidenten in Russland der Druck auf Organisationen erhöht wurde und die Verfolgung von Regierungs-Kritikern zugenommen hat?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/03/14/oppozitsiya-neobhodimost-uznavaemost-i-doverie/>>, 15. März 2016

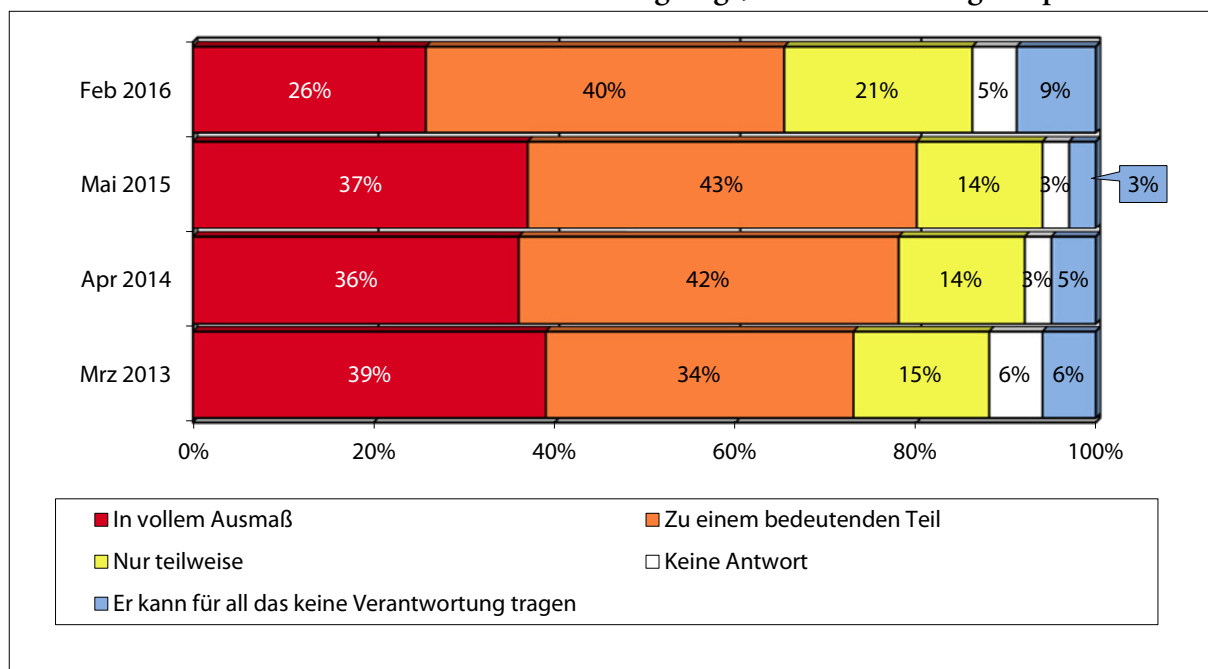
Korruption

Grafik 12: Haben Diebstahl und Korruption in der Führung des Landes gegenwärtig gegenüber dem Anfang des Jahrtausends zu- oder abgenommen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/04/06/predstavleniya-o-masshtab-korruptsii-i-lichnyj-opyt/>>, 6. April 2016

Grafik 13: Trägt Wladimir Putin die Verantwortung für das Ausmaß der Korruption und der finanziellen Missbräuche in der Führungsriege, von der seine Gegner sprechen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–24. Februar 2016 <<http://www.levada.ru/2016/04/06/predstavleniya-o-masshtab-korruptsiii-lichnyj-opyt/>>, 6. April 2016

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Die PanamaPapers

Sergey Medvedev, Berlin-Moskau

»Herr Peskow, morgen werden Sie bis in die Nacht hinein arbeiten. Merken Sie sich das bitte bei Ihren Plänen vor. 9 Uhr abends Moskauer Zeit.«, so kündigte Drew Sullivan, der Leiter des Internationalen Konsortiums für investigative Journalisten (ICIJ) am Vorabend die Veröffentlichung einer Teiluntersuchung aus den »PanamaPapers« an, in der Offshore-Geschäfte mehrerer Mitglieder der russischen Regierung und des Parlaments nachgewiesen werden. Eine Woche zuvor hatte Dmitrij Peskow, der Pressesprecher von Putin, vor einer bevorstehenden »Medienattacke« gegen Putin, dessen Familie und Kindheitsfreunde gewarnt. Am 3. April veröffentlichte die »Nowaja Gaset« als russischer Partner des riesigen internationalen Journalisten-Teams eine Serie von Beiträgen über die Verbindungen mehrerer russischer Staatsbeamten zu Offshore-Konten in Panama. Auf der Liste steht auch der Cellist Sergej Roldugin, über dessen Offshore-Firma, laut der »Nowaja Gaset«, ca. 2 Milliarden US-Dollar zirkuliert seien. Dabei war Roldugin bisher in der Presse nie als Großunternehmer aufgetaucht, sondern immer als enger Freund und Vertrauter von Wladimir Putin. Wie schon eine Woche zuvor wies Dmitrij Peskow, der wegen des Offshore-Kontos seiner Frau ebenfalls auf der Liste zu finden ist, auch jetzt sofort alle Anschuldigungen gegenüber russischen Politikern zurück und nannte das Ganze »Putin-Phobie«, hinter der unter anderem ehemalige Mitarbeiter des US-Außenministeriums und der CIA stünden. Im Gegensatz zu der detaillierten Berichterstattung über die Offshore-Geschichte des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko wurde der Vorwurf gegen Präsident Putin im russischen Staatsfernsehen nur beiläufig erwähnt und schnell relativiert.

Über die PanamaPapers und die Korruptionsvorwürfe gegen Putin diskutiert seit Tagen die russische Blogosphäre; zu Wort meldeten sich u. a. der Publizist Dmitrij Bawyrin, der Journalist Michail Sokolow, der Journalist Kirill Rogow,

der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj, die stellvertretende Vorsitzende von Transparency International Jelena Panfilowa, die Politologin Jekaterina Schulman und der Wirtschaftswissenschaftler Wladislaw Inosemzew.

Peskow: Die »Putin-Phobie« hat ein neues Niveau erreicht

»Es gibt keinerlei qualifizierte Informationen über den Präsidenten. Allgemeine Überlegungen, Unterstellungen, Spekulationen usw., die keine Reaktion erfordern. Was den Großteil des Inhalts anbelangt, so betrifft uns das nicht, das hat mit dem Präsidenten nichts zu tun. [...]

Wir kennen diese Journalisten-Community gut [...]. Es gibt dort offenbar viele Journalisten, deren Hauptberuf wohl kaum Journalismus ist; viele Vertreter [der Community] sind ehemalige Mitarbeiter des US-Außenministeriums und der CIA und anderer Geheimdienste. Wir wissen, wer diese Organisation finanziert. Diese Informationen sind offen zugänglich und sprechen für sich selbst. Ich meine dabei vor allem die Befangenheit und die vorhersehbaren Methoden dieser Genossen. [...]

Offensichtlich ist auch, dass draußen der Grad der »Putin-Phobie« ein derartiges Niveau erreicht hat, dass man praktisch über Russland, oder irgendeine Handlung Russlands, über Russlands Erfolge a priori nichts Gutes sagen kann. [...]

Auszüge aus der Presse-Konferenz von Dmitrij Peskow vom 4. April 2016 in Moskau <<http://ria.ru/politics/20160404/1402137506.html>>; <<http://ria.ru/politics/20160404/1402131619.html>>

Bawyrin: Krise verschont niemanden

»2007 hat der »Guardian« geschrieben, dass das persönliche Vermögen Putins auf 40 Milliarden US-Dollar geschätzt wird.

2016 haben 400 Journalisten von 100 Medien in 80 Ländern recherchiert und bei einem Freund Putins zweifelhafte Geschäfte in Höhe von 2 Milliarden Dollar gefunden.

Die Krise verschont niemanden.«

Dmitrij Bawyrin am 3. April 2016 auf Facebook <<https://www.facebook.com/bawyrin/posts/1069728036420136>>

Sokolow: Ist das etwa eine Sensation?

»Putins Panama.

Um 21 Uhr am 3. April wurde die Öffentlichkeit informiert, »unser Ein und alles« sei ein Dieb. Der Herrscher Ganz Russlands hat 2 Milliarden Dollar gestohlen. Ist das etwa eine Sensation?

Wahrscheinlich nur für diejenigen, die Putins Fernsehen schauen. Darüber hinaus scheint mir, dass die meisten von ihnen es durchgehen lassen würden, wenn Putin zusammen mit der Krim gar 20 Milliarden geklaut hätte. Die Welt könnte eine andere sein, bleibt aber erst mal wie sie ist.«

Michail Sokolow am 3. April 2016 auf Facebook <<https://www.facebook.com/mikhail.sokolov.16/posts/1111864008859027>>

Rogow: Reaktion der russischen Blogosphäre ist paradox

»Die Reaktion der russischen Blogger auf die Recherchen des Journalisten-Konsortiums finde ich merkwürdig. Die Blogger sind enttäuscht. Die Blogger schreiben: Putin hat 2 Milliarden geklaut – ei, was für eine Nachricht! Das ist so ein Syndrom hoch korrupter Länder. Die Menschen sind hier gleichzeitig überzeugt, dass 1) alle klauen und das im großen Stil; dass es 2) unmöglich ist, etwas zu beweisen; und daher muss man 3) nichts beweisen. Im Ergebnis wird die Grenze zwischen Verbrechen und »Nicht-Verbrechen« auf paradoxe Weise völlig verwischt. In solchen Ländern koexistieren auf paradoxe Weise die Überzeugung, dass alles total korrupt ist, und eine geringe Sensibilität der Gesellschaft gegenüber dem Problem der Korruption. So entsteht ein neues, eigenartiges Gleichgewicht, in dem ein hoch korruptes Regime lange Zeit an der Macht bleiben kann.

Die Recherchen des Konsortiums halte ich deshalb für äußerst wichtig, weil sie zeigen: man kann ermitteln und Spuren bis zu den Quellen verfolgen. Es gibt eine Grenze zwischen Verdacht und Verbrechen. Korruptionsbekämpfung bedeutet eine sorgfältige Untersuchung bestimmter Fälle und bestimmter Handlungen, und nicht eine Debatte nach dem Motto: »Putin ist der reichste Mann auf Erde, er hat ein Vermögen von 60 Milliarden«.

Kirill Rogow am 3. April 2016 auf Facebook <<https://www.facebook.com/kirill.rogov.39/posts/1212875755396709>>

Nawalnyj: Es geht nur um das Leck in EINEM Verwaltungsunternehmen

»[...] Das sind scheinbar so viele Namen, dass man sich die nicht merken kann? Ich weise noch mal darauf hin: es geht um das Leck in EINEM Registrierungsunternehmen. Und nur in Panama, nicht einmal in der beliebtesten der Offshore-Jurisdiktionen.

Wieviel andere Staatsbeamte oder deren Verwandte mögen ihre Gelder auf den Britischen Jungferninseln, in Belize, auf den Kaimaninseln, den Bermuda-Inseln, in Lichtenstein und Zypern verstecken? [...]

Alexej Nawalnyj am 4. April 2016 auf *navalny.com* <<https://navalny.com/p/4803/>>

Panfilowa: Alles Versteckte kommt irgendwann einmal ans Tageslicht

»Einige Anmerkungen zu den Panama-Papers:

1. Machen wir uns nichts vor, es geht nicht um uns. Es geht überhaupt um alle. Und so sehr die verehrten »Konspirologen« auch Alarm schlagen, es sei eine »Verschwörung, Verschwörung, Verschwörung«, dem ist aber nicht so. Die Papers kamen vollständig und sie enthalten eine vollwertige »Arche Noah« mit Nutzern aus mehr als einem halbes Hundert Jurisdiktionen. Ja, wir sind auch dabei. Unter anderen.
2. Die enthüllten Informationen sind Informationen einer Firma aus einem Offshore-Gebiet. Offshore-Territorien gibt es weltweit allerdings mehr als ein Dutzend, und in jedem gibt es Hunderte solcher Firmen. Das heißt, der Welt wurde erst, sagen wir mal, eine Folge aus allen Staffeln von »Game of Thrones« gezeigt.
3. Warum es hier um Korruption geht, und nicht bloß um Offshore-Gebiete. Einfach deshalb, weil die UN-Konvention gegen [grenzüberschreitende] organisierte Kriminalität und die Wäsche von Einkünften aus Straftaten von 2000 (Russland hat sie ebenfalls unterschrieben und ratifiziert) und entsprechende Bestimmungen der Behörde, die für ihre Umsetzung verantwortlich ist (FATF), unzweideutig festlegen, dass alle Bewegungen von Geldern »politisch exponierter Personen« (Politically Exposed Persons) und mit ihnen verbundener Personen (Eltern, Kinder, unabhängig vom Alter, Ehegatten, Omas, Opas, Geschwister und Geschäftspartner) auf Korruption hin überprüft werden sollen. Denn »politisch exponierte Personen« dürfen per se keine Geldflüsse aufweisen, die in ihrer offiziellen Erklärung für Einkommen und Eigentum nicht erfasst sind. Alles andere muss überprüft werden. Vorsicht: nicht sofort beschlagnahmt, sondern überprüft. Anscheinend ist das nirgendwo irgendwie der Fall gewesen. Regelungen für PEP [Politically Exposed Persons] sind hier zu finden: <<http://www.fatf-gafi.org/documents/documents/peps-r12-r22.html>>.
4. Was kann man unserer Ansicht nach mit all dem kurzfristig machen: Zunächst die Abmachungen von Brisbane über die Schaffung öffentlicher Register über nutznießende Eigentümer von Offshore-Firmen (G20 High Level Principles on Beneficial Ownership Transparency) erfüllen. Russland hat es übrigens ebenfalls unterzeichnet. Das erste Register wird in Großbritannien eingeführt. Recht bald schon, übrigens. [...]
5. Das, wovon wir lange gesprochen haben, kommt langsam in Gang:
 - a) Im Falle der »Grand Corruption« ist es praktisch unmöglich, die eigentliche Korruptionshandlung zu fangen (man versteckt sich gut, arbeitet mit hochqualifizierten Rechtsanwälten zusammen usw.), aber das Geld (*proceeds of illicit enrichment*) hinterlässt auf dem Weg zu seinem legalen Besitz immer, immer, immer seine Spuren. Deswegen sollte der Kampf gegen die weltweite »Grand Corruption« ein gemeinsamer Kampf der Antikorruptions- und Antigeldwäsche-Institutionen sein. Anders geht es nicht.
 - b) Die Staaten können es nicht allein schaffen. Viele wollen es auch gar nicht und haben es auch nicht vor. Deswegen rücken zivile Institutionen ins Zentrum des Kampfes: investigative Journalisten, Investigationszentren für Geldwäsche und Korruption usw. Sie lernen die Zusammenarbeit im Laufe des Prozesses. [...]
 - c) Offene Angaben und Globalisierung der Informationsströme zusammen mit dem erwähnten Wertewandel machen das unausweichlich, was ich in die Überschrift gesetzt habe. Ja, es geschieht nicht schnell. Ja, es ist schwierig. Ja, es ist mit großen Verlusten und Rückschritten verbunden. Aber (verzeihen Sie erneut, dass ich mich selbst zitiere): »es gibt keine historischen Präzedenzfälle endloser korrupter Regime«. [...]

Jelena Panfilowa am 4. April 2016 auf Facebook <<https://www.facebook.com/eapanfilova/posts/10208832113981309>>

Schulman: Es geht nicht um Putin. Das ist der Anbruch einer neuen Epoche

»[...] Inwiefern die Beteiligung russischer Staatsbeamter an den Offshore-Methoden nachgewiesen ist, kann ich nicht beurteilen: Der Umfang der Materialien ist sehr groß; für die verantwortungsvolle Analyse muss man über entsprechende Qualifikation und Kompetenz verfügen. Was ich aber sehe, ist eine mehrjährige Arbeit eines großen vernetzten Kollektivs von Autoren aus einigen Dutzend Ländern. Es ist mehr als faszinierend. Gerade solchen horizontalen Netzstrukturen, nicht den vertikalen und unifizierten, gehört die Zukunft. Diese Untersuchung sollte man als Anbruch einer neuen Ära betrachten. Vor unseren Augen entstehen Werte, Institutionen und Praktiken jener Epoche, in der wir leben werden, ganz unabhängig davon, ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht. Man muss schon sehr engstirnig sein, um diese Geschichte als Versuch zu verstehen, »etwas Schlechtes über Putin zu sagen.«

Jekaterina Schulman am 4. April 2016 auf *snob.ru* <<https://snob.ru/profile/30324/blog/106617>>

Inozemzew: Putins Verteidigung

»[...] In den 1990er Jahren ging eine mächtige Privatisierungswelle durchs Land (eine ungerechte [Privatisierung], wie übrigens jegliche vom Staat organisierte Privatisierung, aber darum geht es hier nicht). Im Endeffekt konnten viele Unternehmer ein riesiges Eigentum legalisieren und damit beginnen ihre Unternehmen weiter zu entwickeln; einige wurden sehr erfolgreich. In den 2000er Jahren hat Putin die Spielregeln geändert, wodurch sich bald Bürokraten und Silowiki zielstrebig bereicherten. Heute können sie sich nicht mehr als arme Bürokraten darstellen, die einen alten »Wolga« [sowjetisch-russischer Mittelklassewagen; d. Red.] und einen Stellplatz in der alten Garage deklarieren, und dabei die grundlegenden Anstandsregeln einhalten müssen, die in Ländern entwickelt wurden, die mit der russischen politischen Tradition nichts zu tun haben. Eben das ist heute das Problem; genau das macht den Kern des sich vertiefenden Konflikts zwischen Russland und dem Westen aus. Im Kreml wollen die Beamten nicht so handeln, wie beispielweise der Ministerpräsident der Niederlande, der jeden seiner Schritte mit dem Parlament abstimmt und zur Arbeit mit dem Fahrrad fährt, sondern so, wie der Scheich von Dubai, der praktisch der Besitzer seines Emirats ist und eine Sammlung von »Rolls-Royce« und »Bentley« zusammengetragen hat. Bei uns regiert ja ein Tandem: Warum also könnte es nicht so sein wie das Tandem aus dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, dem Emir von Abu Dhabi, Chalifa bin Zayid Al Nahyan, mit einem offiziellen Vermögen von 15,4 Milliarden US-Dollar und dem Premierminister [der Emirate], dem Emir von Dubai, Scheich Muhammad bin Raschid Al Maktum, mit bescheidenen offiziellen 4,5 Milliarden US-Dollar? Mit dem Parlament hat man schon lange reinen Tisch gemacht – das stört niemanden mehr; mit der Legalisierung des angesammelten Vermögens jedoch läuft es bisher weniger rund. Ich denke aber, das russische Regime zu dem »europäischen Standard« zurückzubringen, wird niemals gelingen. Sie befinden sich schon seit langem außerhalb der europäischen Norm. Das heutige Problem liegt nun darin, dass man eine »andere Normalität« braucht, deren Umriss allerdings noch nicht erkennbar sind.

Ganz ehrlich: Korruption in Russland zu bekämpfen ist sinnlos, denn die Korruptionäre bekommen ihre Einkünfte nicht für eine Verletzung der Gesetze, sondern wegen ihrer Befolgung. Deswegen sollten wir wohl weniger journalistische Enthüllungen beachten, sondern überlegen, ob sich nicht der »durch unermessliche Arbeit erworbene Reichtum« der Minister, Beamten und... des Präsidenten legalisieren lässt, damit diese »Volksdiener« zu seinem [des Reichtums] Schutz bessere Rechtsnormen und Institutionen einführen. [...]

Wladislaw Inozemzew am 4. April 2016 auf snob.ru <<https://snob.ru/selected/entry/106595>>

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Kränkung und Unschuld

Jens Siegert, Moskau

Die Kränkung ist eines der stärksten menschlichen Gefühle. Der Psychologe Reinhard Haller bezeichnet sie in seinem Buch »Die Macht der Kränkung« gar, mit Bezug auf Kain und Abel, als das »Urmotiv des Urverbrechens«. Niemand könne sich ihrer Macht entziehen, denn eine Kränkung sei »ein Generalangriff auf das gesamte ich«. Wer lebt, wird gekränkt. Und umgekehrt zitiert Haller aus einem Therapieprotokoll: »Mich kränkt niemand mehr, ich sterbe...«

Wie in anderen Sprachen auch (zum Beispiel im Deutschen oder im Englischen) bezeichnet das russi-

sche Wort für Kränkung, »obida«, dabei beides: sowohl die Handlung des Kränkenden als auch die Reaktion des Gekränkten. In der russischen sozialen Kommunikation spielt diese so starke Kraft zudem eine besondere, eine herausragende Rolle. Auch erreichen die damit beim Gekränkten ausgelösten Gefühle ein sehr weites Spektrum. Russische Wörterbücher schlagen als Synonyme für *obida* Begriffe wie »unischenije« (Erniedrigung), »bestschestije« (Ehrlosigkeit), »beda« (Leid, Schmerz, Unglück), aber auch »posor« (Schande) vor. Das Gefühl des Gekränkt Seins schließt in Russland zudem Aspekte von Gerechtigkeit und Ungerech-

tigkeit mit ein. Gekränkt worden zu sein verletzt das Gerechtigkeitsgefühl.

Bei Wladimir Dal, dessen Mitte des 19. Jahrhunderts erschienenes Wörterbuch der russischen Sprache in seiner Bedeutung dem deutschen Duden entspricht, steht der Gerechtigkeitsaspekt sogar noch im Vordergrund. Außerdem wird bei ihm unter *obida* vor allem der Prozess der Kränkung verstanden, weniger das gekränkte Gefühl als sein Resultat. Das hat sich auch bei seinem Nachfolger Dmitrij Uschakow, dessen vierbändiges Wörterbuch in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erschien, kaum geändert. Ebenfalls erscheint hier als gekränkt noch immer vor allem, wer ungerecht behandelt wird. Erst dann vollzieht sich offenbar sehr schnell ein Bedeutungswechsel. In der Neubearbeitung von Uschakows Wörterbuch durch Sergej Oschegow, erstmals erschienen Ende der 1940er Jahre, steht plötzlich der Gekränkte im Mittelpunkt. Dabei ist es bis heute geblieben.

Das russische Verständnis von *obida* geht aber noch weiter als oben beschrieben. In seiner adverbialen Form, *obidno*, drückt er die Enttäuschung, ja den Schmerz aus, wenn etwas, trotz guter Voraussetzungen, guter Absichten und durchaus großer Anstrengungen nicht geklappt hat. Ich möchte das an einem populären Beispiel zeigen.

In dem sowjetischen Filmklassiker »Weiße Sonne der Wüste«, einem *Eastern*, der in Russland so bekannt ist wie in Deutschland die Rühmannsche »Feuerzangenbowle« (der Legende nach schauen sich alle Kosmonauten den Film am Vorabend des Starts in den Weltraum an), fasst einer der positiven Helden, ein dem Alkohol verfallener ehemaliger Zollmeister irgendwo in einer Sandwüste am Kaspischen Meer, seinen Schmerz über den Untergang des Russischen Imperiums und die Anarchie des Bürgerkriegs in die Worte: »Mne sa derschawu obidno«. Das kann man in seiner Hauptbedeutung etwa mit »Ich bin gekränkt für mein Land/meinen Staat« übersetzen.

Dieses Zitat ist längst zum geflügelten Wort geworden. So nannte Mitte der 1990er Jahre der zum Politiker gewordene Armeegeneral Alexander Lebed, kurze Zeit eine Hoffungsfigur russischer Nationalisten (oder, im russischen Diskurs, der »derschawniki«, also derer, die den Staat an die erste Stelle stellen), seine Autobiografie »Sa derschawu obidno« – und jeder bezog das auf den wohl alkoholkranken Präsidenten Jelzin. Neben der Kränkung drückt das Zitat eben auch sehr viel über das Verhältnis der Menschen in Russland zu dem aus, was nicht nur umgangssprachlich, sondern auch in der öffentlichen Kommunikation »wlast« genannt wird. Ins Deutsche wird *wlast* meist direkt mit »Macht« oder mit der uns aus dem DDR-Deutsch vertrauten »Staatsmacht« übersetzt. Diese doppelte Über-

setzung deutet auch schon die Ambivalenz des Begriffs an und damit seine Bedeutung für das Verständnis von Staat und Menschen in Russland. *Wlast* meint den Staat in seiner Gesamtheit, also die als Staat und für ihn Handelnden. Dieser Staat (und die ihn repräsentierenden »tschinowniki«, also diejenigen, die einen Rang (»tschin«) haben, man könnte auch sagen, die »Staatsdiener«) ist in der bewussten wie der unbewussten Vorstellung der meisten Menschen in Russland ein Subjekt aus eigenem Recht. Er ist nicht nur ein funktionelles und nützliches Institut zur Bündelung von Bürgerinteressen, sondern, im Positiven, vor allem aber im Negativen, viel mehr.

Damit wären wir wieder beim Grundthema dieser Notizen gelangt, bei der Politik. Man kann sich Russland heute, dass ist hier ja auch immer wieder angeklungen, als ein Land mit einer zutiefst gekränkten politischen Elite vorstellen. Eine Kränkung, die Politik und Propaganda in den vergangenen Jahren erfolgreich auf eine große Mehrheit der Menschen im Land zu übertragen vermocht haben. Haben viele Russen und also besonders ihre politische Klasse mit der Führung an der Spitze nun (gute) Gründe, gekränkt zu sein? Diese Frage ist so (abstrakt) kaum zu beantworten. Kränkungen haben die Eigenschaft kaum objektivierbar oder messbar zu sein. Wir alle fühlen uns irgendwann gekränkt. Niemand kann sich dem entziehen.

Gehen wir noch einmal zurück auf die psychologische Ebene. Es gibt einige Persönlichkeitsstrukturen, deren Träger leichter, schneller und nachhaltiger zum Gekränktsein neigen als andere. Man kann zum Beispiel sagen, dass Kränkungen umso mehr, umso tiefer und umso nachhaltiger wirken, je unsicherer die Gekränkten sich ihrer selbst sind. Die politische, in großen Teilen auch die intellektuelle Elite in Russland sucht seit vielen Jahren nach einer neuen oder erneuerten Staatsidee. Was ist Russland, wenn es nicht mehr die Sowjetunion ist? Was ist Russland, wenn es kein Imperium mehr ist? Was ist Russland, wenn es keine Supermacht mehr ist? In diesem (elitären) Sinn, ist Russland heute ein suchendes Land. Ein Land auf der Suche nach seinem (neuen? alten? angestammten? rechtmäßigen?) Platz in der Welt. Man braucht nur eine beliebige russische Zeitung oder Website aufzuschlagen, eine politische Talkshow im Fernsehen anzuschauen oder einem Gespräch im Radio zuzuhören, und mit großer Wahrscheinlichkeit geht es irgendwann genau darum. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird jemand dort behaupten, Russland sei etwas Besonderes und habe einen besonderen Weg oder gar eine besondere Mission. Und mit großer Sicherheit wird dort jemand behaupten, dass dem Land großes Unrecht angetan worden sei oder angetan werde, dass (von außen) mit

allen Kräften zu verhindern versucht werde, dass Russland diesen besonderen Weg gehe oder diese besondere Mission finde.

Nun ist jede Kränkung ein Kommunikationsakt. Es gibt einen Kränkenden, eine Kränkungsbotschaft und einen Gekränkten. Im russischen öffentlichen Diskurs nimmt die Rolle des Kränkenden meist ein anonymer, kollektiver »Westen« ein (mitunter als Kulmination in den USA personalisiert, mitunter und in letzter Zeit immer häufiger aber auch in der EU). Russland ist der Gekränkte (oder die Gekränkte): »Nas obideli« – »man hat uns gekränkt«. Die Kränkungsbotschaften, also das, was die Kränkung ausgelöst hat, variieren. Mal ist es die sogenannte »Osterweiterung der Nato«; dann wieder überall gesehene oder vermutete »doppelte Standards«; dann wiederum lassen es westliche Regierungen angeblich am notwendigen »Respekt« Russland gegenüber vermissen, behandeln das Land also nicht »auf Augenhöhe«. Von Dauer ist nur, dass es immer Russland ist, das gekränkt wurde, aber niemals selbst kränkt oder, in der Rückschau, gekränkt hat. Ein ganzes Land wird so zum Opfer erklärt. Russland, so die Botschaft, ist dagegen die Unschuld selbst. Die dauerhafte Kränkung ist dabei Grund und Begründung für diese Unschuld zugleich.

Mit diesem (Selbst-)Bild des unschuldigen und ungerecht behandelten Opfers korrespondiert ein anderes Bild, das der Kreml seit Jahren ins öffentliche Bewusstsein hämmert: das Bild eines siegreichen Russland im gerechten (Überlebens-)Kampf. Diesem Bild zufolge ist das Land von Feinden umstellt, wurde in seiner (tausendjährigen!) Geschichte immer wieder angegriffen (vor allem aus dem »Westen«), verteidigte sich heldenhaft und trug deshalb immer den (gerechten) Sieg davon. Und selbst, wenn das mit dem Sieg einmal nicht so recht gelang, wie etwa im Ersten Weltkrieg, dann nur, weil böse ausländische Kräfte im Verein mit Verrätern im Land das hinterhältig hintertrieben.

Die größte Kränkung, die Russland diesem Diskurs zufolge in den vergangenen Jahrzehnten (selbstverständlich erneut durch den »Westen«) zugefügt wurde, die Mutter aller Kränkungen gewissermaßen, eine wahrhaft *narzisstische* Kränkung, eine so große

Kränkung, dass danach dem Gekränkten alles erlaubt ist, ist der Zerfall des russischen Imperiums, genauer seiner letzten Ausprägung, der Sowjetunion. Eben diese Kränkung drücken die Putinschen Worte von der »größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts« aus. Der Untergang des russischen Imperiums erscheint so nicht mehr als politische Niederlage einer Idee oder einer Gruppe, sondern als Demütigung des ganzen Landes.

Mindestens ebenso wichtig wie die Selbstzweifel sind für die Tiefe und Häufigkeit von Kränkungen Bedeutung und Wert, die der Kränkende in den Augen des Gekränkten hat. »Der Westen«, nach wie vor und trotz der angeblichen »Wendung nach Asien« Sehnsuchtsort der meisten Russen, auch in der politischen Elite (ein Sehnsuchtsort, der oft noch in Enttäuschung der russischen Anti-Westler zu finden ist, die sich ja meist durch eben die Ablehnung des »Westens« definieren), hat so, gewollt oder ungewollt, ein außerordentliches Kränkungspotential. Und kränken kann alles: Lob, weil es angeblich von oben herab geschieht; Kritik, weil sie einem schulmeisterlich vorkommt; Neutralität, weil sie missachtet.

Im Verhältnis Russland – Westen scheinen mir die wirkungsvollsten Kränkungskatalysatoren momentan Enttäuschung und Liebesentzug zu sein. Beide verführen zudem zur Maßlosigkeit. Zur Illustration und als Abschluss ein Zitat aus Putins Krim-Annexions-Rede vom 18. März 2014: »Die Politik, Russland kleinzuhalten, die im 18., 19. und im 20. Jahrhundert betrieben wurde, wird heute fortgesetzt. Man versucht immer noch, uns in die Ecke zu drängen, weil wir einen unabhängigen Standpunkt einnehmen, weil wir ihn verteidigen, weil wir die Dinge beim Namen nennen und uns nicht in Heuchelei üben. Doch es gibt Grenzen. Und was die Ukraine anbetrifft, haben unsere westlichen Partner die gelbe Linie überschritten. Sie haben sich ungehobelt, unverantwortlich und unprofessionell verhalten.« Ungehobelt, unverantwortlich, unprofessionell.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

17. März – 7. April 2016

17.3.2016	In dem Dorf Plechanow nahe der Stadt Tula kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anwohnern, vorwiegend Roma, und rund 500 Sicherheitskräften. Die Anwohner hatten eine Gasleitung illegal angezapft, da ihnen der legale Zugang zu Gas und Elektrizität verwehrt wird. Als Gazprom-Mitarbeiter anreisten, um die Rohre zu reparieren und die Anschlüsse zu entfernen, bewarfen Anwohner diese mit Steinen. Insgesamt vier Beteiligte wurden festgenommen. Am Abend wurde zudem ein Gerichtsbeschluss bekannt, dem zufolge die 120 Häuser in Plechanow abgerissen werden sollen.
18.3.2016	In Moskau wird der zweite Jahrestag der Krim-Annexion als »Wiedervereinigung« gefeiert. Nach Angaben des Innenministeriums nehmen rund 100.000 Menschen an den Festlichkeiten teil, die von der russischen Gesellschaftskammer veranstaltet werden.
18.3.2016	Präsident Wladimir Putin besucht die Halbinsel Krim anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages zu Russland. Putin führt Gespräche über die Entwicklung der Region und informiert sich über den Stand der Bauarbeiten an der Brücke über die Meerenge von Kertsch, die die Krim mit dem russischen Festland verbinden soll.
19.3.2016	In der Nacht zum 19. März stürzt eine Passagiermaschine der Fluggesellschaft »FlyDubai« beim Landeanflug auf Rostow am Don ab. Alle 62 Insassen kommen ums Leben. Die Boeing verunglückte beim zweiten Landeversuch. Zuvor war die Maschine wegen der schlechten Wetterbedingungen rund zwei Stunden über der Region gekreist.
20.3.2016	Journalisten der regierungskritischen Medien »Slon Magazine«, »Mediazona«, »Znak.com«, RBK und »Nowaja Gazeta« gründen eine unabhängige Gewerkschaft, nachdem am 9. März eine Gruppe von Journalisten und Menschenrechtlern in Inguschetien von Maskierten brutal angegriffen worden waren.
21.3.2016	Ein Gericht in Donezk (Gebiet Rostow) beginnt mit der Verlesung des Urteils gegen die ukrainische Militärangehörige Nadeschda Sawtschenko. Ihr wird vorgeworfen, einen Artillerieangriff im Gebiet Luhansk koordiniert zu haben, bei dem zwei russische Journalisten getötet wurden.
21.3.2016	Der Oppositionsaktivist Mark Galperin wird in Moskau am Puschkin-Platz festgenommen, nachdem Unbekannte auf ihn zuliefen, ein Plakat hochhielten und Parolen zur Unterstützung von Nadeschda Sawtschenko ausriefen. Galperin vermutet hinter dieser Aktion eine Provokation.
22.3.2016	Die ukrainische Militärangehörige Nadeschda Sawtschenko wird in Russland des Mordes an zwei Journalisten schuldig befunden und zu 22 Jahren Freiheitsentzug in Lagerhaft verurteilt. Sawtschenko wird zudem wegen illegalen Grenzübertretts zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubel verurteilt. Als Tatmotiv wird in der Urteilsverkündung Hass und Feindschaft gegenüber der Bevölkerung in Luhansk und den russischsprachigen Menschen im Allgemeinen genannt.
22.3.2016	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko schlägt den Austausch von Nadeschda Sawtschenko gegen zwei in der Ukraine festgehaltene russische Kriegsgefangene vor.
22.3.2016	Präsident Wladimir Putin und der finnische Präsident Sauli Niinistö beschließen eine zeitweilige Schließung der Grenzübergänge Salla und Raja-Jooseppi-Lotta, um die Einreise von Flüchtlingen in die Europäische Union zu verhindern. Die Maßnahme soll zunächst 180 Tage gelten. Russische, finnische und belarussische Staatsbürger sind von der Einreisebeschränkung nicht betroffen.
22.3.2016	Das russische Justizministerium erklärt das »Zentrum für Sozial- und Arbeitsrechte« (CSTP) zum »ausländischen Agenten«.
23.3.2016	Drei Bahnhöfe und der Flughafen in Rostow am Don werden nach einer Bombendrohung evakuiert. Bei der anschließenden Durchsuchung wird jedoch kein Sprengstoff gefunden.
23.3.2016	Die Stellvertretende Ministerpräsidentin Olga Golodez erklärt, dass die russischen Bürger im Jahr 2015 bei Anlagen in privaten Pensionsfonds mehr als 200 Milliarden Rubel verloren haben. Die russische Zentralbank weist diese Schätzung als falsch zurück.
24.3.2016	Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow empfangen den US-amerikanischen Außenminister John Kerry in Moskau, um über den weiteren Verlauf des Friedensprozesses in Syrien zu beraten. Weitere Themen sind der Ukraine-Konflikt und der Kampf gegen den Terror.
24.3.2016	Der Internationale Sportgerichtshof CAS in Lausanne annulliert im Auftrag des Internationalen Leichtathletikverbands die Medaillengewinne von sechs russischen Sportlern bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften.
24.3.2016	Der Stellvertretende Kulturminister Grigorij Pirumow wird wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder angeklagt. Ihm und weiteren Personen wird vorgeworfen, rund 50 Millionen Rubel unterschlagen zu haben, die für die Restaurierung des Nowodewitschij-Klosters in Moskau bestimmt waren.
25.3.2016	Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird von Unbekannten mit Piroggen beworfen, als er ein Gericht in Nowosibirsk verlässt. Er war dort zum Verhör im Prozess gegen den Oppositionellen Leonid Wolkow geladen.

26.3.2016	Ein Unbekannter wirft eine Granate in ein Verwaltungsgebäude des Rayons Maksaticha (Gebiet Twer). Die Granate detoniert im Arbeitszimmer der stellvertretenden Leiterin der Gemeindeverwaltung, Jelena Iljina. Es wird jedoch kein Mitarbeiter verletzt.
26.3.2016	In Uljanowsk demonstrieren rund 120 Arbeiter eines Autowerks für höhere Gehälter und die Einhaltung des Arbeitsrechts.
27.3.2016	Präsident Wladimir Putin gratuliert dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zur Einnahme der Stadt Palmyra durch syrische Regierungstruppen.
27.3.2016	Michail Piotrowskij, der Direktor der Eremitage in St. Petersburg, erklärt die Bereitschaft seiner Institution, den Wiederaufbau der zerstörten antiken Stadt Palmyra zu unterstützen.
27.3.2016	Rund 500 Personen protestieren im Südwesten Moskaus gegen eine geplante Bebauung in ihrem Viertel. Die Demonstranten fordern auch den Rücktritt des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin.
28.3.2016	Die russische Zentralbank entzieht der »Moswodokanalbank« und der »Smartbank« wegen hochriskanter Geschäfte und Verstößen gegen das Finanzrecht die Lizenz.
28.3.2016	Ella Pamfilova, bisher Menschenrechtsbeauftragte des Präsidenten, wird zur neuen Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission gewählt.
28.3.2016	Vor einem Moskauer Gericht beginnt die Gerichtsverhandlung über die Zivilklage der Organisation »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«. Die Medienrechtsorganisation klagt gegen ihre Einstufung als »ausländischer Agent« durch das russische Justizministerium im November vergangenen Jahres.
29.3.2016	Die russische Regierung beschließt ein Rettungspaket von 150 Milliarden Rubel zur Stützung der russischen Entwicklungsbank VEB. Um die Bank zu stützen, sind weitere Maßnahmen geplant, unter anderem steht der Verkauf ihrer Gazprom-Anteile zur Debatte.
29.3.2016	Das russische Verteidigungsministerium plant einen Einsatz von Militäringenieuren und Hundeführern in Palmyra, um bei der Entminung der antiken Stadt zu helfen, die am Wochenende von der syrischen Armee zurückerobert worden war.
29.3.2016	Während einer Verfolgungsjagd der Polizei mit einem mutmaßlichen Terroristen in Dagestan bringt dieser auf einer Verkehrsstraße in der Nähe des Flughafens eine Bombe zur Explosion. Ein Polizist kommt dabei ums Leben. Die Terrormilizen »Islamischer Staat« übernehmen die Verantwortung für den gezündeten Sprengsatz.
30.3.2016	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass Russland seit dem verkündeten Truppenabzug am 14. März offenbar mehr Militärmaterial nach Syrien transportiert hat, als es abgezogen habe. Dies deutet auf einen Aus- statt Abbau der russischen Militärinfrastruktur in Syrien hin.
30.3.2016	Der stellvertretende Außenminister Russlands Oleg Syromolotow gibt bekannt, dass US-amerikanische und russische Militärbehörden die Koordinierung eines Militäreinsatzes in Rakka besprechen, um die Terrormiliz »Islamischen Staat« aus der Region zurückzudrängen.
30.3.2016	Der Petersburger Unternehmer Dmitrij Michaltschenko wird in Moskau festgenommen. Offiziell wird ihm Beteiligung an Alkoholschmuggel vorgeworfen. Medien vermuten, er sei in Korruptionsgeschäften im Kulturministerium verwickelt.
30.3.2016	Das US-Verteidigungsministerium kündige eine Verstärkung der US-Militärpräsenz in Mittel- und Osteuropa an. Geplant sei die Stationierung eines Panzerverbandes mit 250 Panzern und 4.200 Soldaten in der Region.
31.3.2016	Das Dokumentationszentrum für organisiertes Verbrechen und Korruption (OCCRP) und die Nachrichtenagentur Reuters veröffentlichen einen Bericht, dem zufolge der Unternehmer Grigorij Bajewskij verschiedenen Personen aus dem privaten Umfeld von Präsidenten Wladimir Putin Immobilien übergeben habe. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow bezeichnet den Bericht als Informationskampagne gegen Putin.
31.3.2016	Präsident Wladimir Putin ordnet – wie jedes Jahr – die Einberufung von 155.000 Wehrdienstpflichtigen im Alter von 18 bis 27 Jahren zum 1. April 2016 an.
31.3.2016	Präsident Wladimir Putin erklärt bei einem Treffen mit dem politischen Oberhaupt der international nicht anerkannten Republik Südossetien, Leonid Tibilow, dass Russland die Region im Jahr 2016 mit 8,2 Milliarden Rubel unterstützen wird.
1.4.2016	Das im Februar verabschiedete Gesetz zur Erhöhung der Steuern auf Benzin und Diesel tritt in Kraft. Die Maßnahme soll 89 Milliarden Rubel einbringen.
1.4.2016	Die russische Aufsichtsbehörde für das Bildungswesen stoppt die Akkreditierung des Hochschulprogramms der Europäischen Universität in St. Petersburg, nachdem bei einer Prüfung der Institution »Mängel« festgestellt worden sind. Die Universität erhält einen Monat Zeit, die deklarierten Mängel zu beheben.
2.4.2016	Nachdem es in der Nacht vom 1. auf den 2. April zu Gefechten in der Grenzregion von Bergkarabach gekommen ist, bei der mindestens 30 Soldaten getötet wurden, ruft Russland Aserbaidschan und Armenien zur sofortiger Waffenruhe auf.
3.4.2016	Rund 200 Fernfahrer demonstrieren in Moskau gegen das Mautsystem »Platon« unter dem Motto »Wir fordern Veränderung«.

3.4.2016	Im Verteidigungsministerium in Moskau bricht vermutlich aufgrund eines Kurzschlusses ein Feuer aus. Mehrere Stockwerke sind betroffen. Die Löscharbeiten dauern bis zum Abend an.
3.4.2016	Die »Süddeutsche Zeitung« veröffentlicht gemeinsam mit dem »Internationalen Konsortium für Investigativen Journalismus« (ICIJ) die »Panama Papers« < http://panamapapers.sueddeutsche.de/ >. Die Recherchen weisen Verbindungen mehrerer russischer Staatsbeamter und enger Vertrauter von Präsident Wladimir Putin zu Offshore-Konten in Panama nach.
4.4.2016	Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, nimmt öffentlich zu den »Panama Papers« Stellung. Er weist Anschuldigungen gegenüber Präsident Wladimir Putin zurück und bezeichnet die Recherchen als Informationskampagne gegen den Präsidenten.
4.4.2016	Außenminister Sergej Lawrow spricht sich bei einem Treffen mit seinem moldawischen Amtskollegen Andrej Galbur für den Verbleib Transnistriens in Moldawien aus.
4.4.2016	Präsident Wladimir Putin beauftragt den Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, die »Bibliothek für ukrainische Literatur« in Moskau umzustrukturieren.
5.4.2016	Präsident Wladimir Putin gibt eine Umstrukturierung der Sicherheitsbehörden bekannt. Die Inlandstruppen und die Spezialeinheiten OMON und SOBR, die bisher dem Innenministerium (MWD) unterstanden, werden als Nationalgarde dem Präsidenten unterstellt. Die Nationalgarde soll u. a. im Kampf gegen Terrorismus und die organisierte Kriminalität eingesetzt werden. Das MWD übernimmt dafür den Föderalen Migrationsdienst (FMS) und den Föderalen Dienst zur Drogenbekämpfung (FSKN).
5.4.2016	Der litauische Staatsangehörige Aristidas Tamosaitis wird nach Angaben des litauischen Botschafters Remigijus Motuzas in Russland wegen Spionage zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.
5.4.2016	Vor dem Gebäude der Staatsduma in Moskau werden drei Aktivisten festgenommen, die wegen der Korruptionsvorwürfe in den »Panama Papers« den Rücktritt von Präsident Wladimir Putin fordern.
6.4.2016	Die ukrainische Militärangehörige Nadeschda Sawtschenko tritt in einen trockenen Hungerstreik (keine Nahrungs- und keine Flüssigkeitsaufnahme), nachdem am Vorabend das Gerichtsurteil gegen sie in Kraft getreten ist. Sawtschenko war von einem russischen Gericht des Mordes an zwei russischen Journalisten schuldig befunden und zu 22 Jahren Freiheitsentzug in Lagerhaft verurteilt worden.
6.4.2016	Präsident Wladimir Putin gründet die Stiftung »Geschichte des Vaterlandes« mit dem Ziel, die Geschichte Russlands im In- und Ausland zu popularisieren. Den Vorsitzenden des Fonds und dessen Mitglieder ernannt der Präsident.
6.4.2016	Die Staatsanwaltschaft fordert von der »Stiftung zur Bekämpfung der Korruption« (FBK) dessen Finanzunterlagen an. Die NGO wird von Alexej Nawalnyj geleitet. Anlass der Überprüfung ist eine Anzeige von Kantemir Churtajew, dem Vorsitzenden des »Allrussischen interethnischen Jugendverbandes« (WMSM).
7.4.2016	Außenminister Sergej Lawrow führt in Baku Gespräche mit seinen iranischen und aserbaidjanischen Amtskollegen. Themen der Zusammenkunft sind der Konflikt in der Grenzregion von Bergkarabach und der geplante Transportkorridor »Nord–Süd« entlang der westlichen Küste des Kaspischen Meeres.
7.4.2016	Sergej Morosow wird bis zu den Wahlen im September als amtierender Gouverneur des Gebiets Uljanowsk eingesetzt. Morosow hatte das Amt des Gouverneurs bereits vorher inne. Seine Amtszeit war abgelaufen.
7.4.2016	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Haftbeschwerde des Stellvertretenden Kulturministers Grigorij Pirumow ab. Dieser wird wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder beschuldigt und befindet sich in Untersuchungshaft.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php